Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 1.—7. Okt. 25 Mill. Mk., durch die Post 30 Mill. Mk. ohne Zustell.-Gebühr. Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft f. d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Merchenfeldstraße 14, Fernruf 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 und 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 2 200 000 Mk. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 10 Mill. Mk. f. Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteilenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1065 48, Fritz Kroß, Halle.

Einzelpreis 5 Mill. Mk. | **Dienstag, den 2. Oktober 1923** | **3. Jahrgang Nr. 230**

Kahr vernichtet das Streikrecht

Eine Zuchthausverordnung gegen die Arbeiterschaft — Todesstrafen gegen Streikführer

WTB. München, 1. Oktober.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Wie aus dem Generalstaatskommissariat verlautet, ist eine Streikverordnung erlassen worden zu dem Zwecke, Sicherung für Arbeit und Betriebe zu schaffen. Durch diese Verordnung werden Streiks und Aussperrungen verboten, ebenso jede Art von Sabotage, d. h. widerrechtliche Stillegung und Hemmung von öffentlichen und privaten Betrieben. Als Strafe werden Gefängnis und Geldstrafen ohne Höchstmaß angedroht, in besonders schweren Fällen Zuchthaus. Wenn das Ableben eines Menschen dadurch verursacht wurde, kann auf Todesstrafe erkannt werden. Mit den gleichen schweren Strafen soll die Arbeitswilligkeit geschützt werden. Alle Terrorakte wie Mißhandlung, Beleidigung und Bedrohung und wirtschaftliche Schädigung gegen Beamte, Angestellte oder Arbeiter wegen ihrer vaterländischen oder politischen Gesinnung fallen ebenfalls unter die Verordnung.

*

Zuchthausstrafen gegen streikende Arbeiter! Der bayrische Diktator Kahr verfolgt Schritt für Schritt sein Programm, das in der völligen Versklavung und Verelendung der Arbeitenden, in der Durchführung des Stinnesprogramms besteht, dem durch blutige Niederwerfung der Arbeiterklasse und durch den Weißen Schrecken der Weg frei gemacht werden soll.

Hinter Kahr, dem Führer der Weißen Reaktion, steht das Großkapital. Die faszistischen Verbände sind ihm notwendige Hilfstruppen, die Hauptwaffen sind ihm die Staatsmacht und die Machtmittel der Polizei und Reichswehr, über die er unumschränkt verfügt.

Schritt für Schritt setzt Kahr seine Politik auch gegen den schwächlichen Widerstand der Koalitionsregierung durch. Denn hinter ihm steht nicht etwa nur das bayrische, sondern das deutsche Großkapital, das überall im Reiche seine Kräfte mobilisiert und durch ihren Druck nicht nur jeden Schritt der Reichsregerung gegen den bayrischen Diktator verhindern, sondern sie zwingt, ihm Schritt für Schritt zu folgen.

Nach dem Siege Kahrs wegen des Verbotes des „Völkischen Beobachters", nach der bayrischen Beschlagnahme des Reichsbankgoldes erfolgt nun das Streikverbot.

Auch dieses Verbot, in der Hauptsache erlassen zugunsten der Profitinteressen der Unternehmer, die bei rasend steigenden Preisen keinen Lohnausgleich zahlen und die Arbeitszeit maßlos verlängern wollen, enthält eine scharfe Spitze gegen das Reich.

Die Zuchthaus- und Todesdrohungen Kahrs gehen gegen alle Arbeitnehmer, auch die Reichsbeamten und -arbeiter. Von vornherein soll der Reichsregierung das Mittel des angeordneten Streiks gegen Truppenbewegungen usw. wie beim Kapp-Putsch aus den Händen gewunden werden. Die Zuchthausverordnung Kahrs ist nichts anderes, als die Verordnung, die die weißblauen bayrischen Beamtenverbände schon vor Wochen vorauswußten und entsprechend der sie ihren Mitgliedern die Anweisung gaben, keine Parole des Reiches zu befolgen, sondern sich der bayrischen Diktatur unterzuordnen.

Damals gab die Reichsregierung ein Rundtelegramm heraus, nach dem Reichsbeamte nur ihren Anordnungen zu folgen hätten. Kahr bedroht sie mit Zuchthaus- und Todesstrafe, falls sie streiken sollten!

*

Die Reichsregierung wird wieder zurückweichen. Die Reaktion wird im ganzen Reich den bayrischen Kurs durchdrücken und beim geringsten Widerstand in der Großen Koalition die reine Rechtsdiktatur durchsetzen.

Die Arbeiterschaft weiß nun, was sie beim Sieg des reaktionären Kurses zu erwarten hat. Es gilt jetzt, der Weißen Front die einige Arbeiterfront entgegenzustellen, dem Weg der thüringischen und sächsischen Arbeiterschaft zu folgen, die der Militärdiktatur die Arbeiter-Regierung entgegensetzen.

Kahr droht den Sozialdemokraten mit Gefängnis

WTB. München, 2. Oktober.

Das durch Generalstaatskommissar v. Kahr ausgesprochene Verbot der sogenannten Schutzabteilungen der sozialdemokratischen Partei erstreckt sich auf die rechtsrheinischen Gebiete Bayerns. Die Sicherheits- und Selbstschutzverbände, sowie ähnliche Einrichtungen der vereinigten sozialdemokratischen und kommunistischen Partei werden verboten und aufgelöst. Wer einem hiernach aufgelösten Verband angehört oder sich einem solchen aufgelösten Verbande anschließt oder einen solchen aufgelösten oder neugebildeten Verband unterstützt, wird mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafen, deren Höchstmaß unbeschränkt ist, erkannt werden kann, bestraft.

*

Die sozialdemokratischen Mitglieder in der Reichsregierung, die ihre Zustimmung zur Verhängung des Ausnahmezustandes gaben, sehen der Unterdrückung und Verfolgung ihrer bayrischen Parteigenossen ruhig zu, offenbar weil es gleichzeitig auch gegen die Kommunisten, gegen die Gesamtarbeiterschaft geht. Die sozialdemokratische Führerschaft hat sich auf Gedeih und Verderben dem Stinnesprogramm verschrieben, sie fördert seine Durchführung mit den brutalsten militärischen Machtmitteln. Die Arbeiterschaft muß daraus die Konsequenzen ziehen.

Todesstrafe für bayrischen „Landesverrat"

WTB. München, 1. Oktober.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Der Generalstaatskommissar hat eine Verordnung erlassen, nach der Landesverrat mit dem Tode bestraft werden kann.

*

Diese Verordnung ist, obwohl auch in der Ebert-Verordnung die Todesstrafe für Landesverrat angekündigt wird, nichts anderes als eine neue Blutverordnung gegen die Arbeiterschaft. Denn die bayrischen Volksgerichte haben keine Strafen für Landesverräter, die mit den Franzosen über die Abtrennung Bayerns vom Reich verhandeln, wie den Grafen Bothmer, die Todesstrafe droht anderen, Es ist in Bayern Landesverrat, wenn Arbeiter oder andere Linksgerichtete den geheimen monarchistischen Mordorganisationen Waffenlager wegnehmen, in der Presse bekanntmachen oder auch nur den Behörden anzeigen. Die neue Verordnung verschärft also den blutigen Terror gegen die Arbeiterschaft. Die Waffen der Faszisten, die nicht gegen den äußeren Feind gerichtet sind, sondern Waffen in der Hand des Unternehmertums sind, sollen nach der Legalisierung der monarchistischen Geheimverbände durch Blutverordnungen geschützt werden.

Bayern beschlagnahmt Reichsbankgold

(Eig. Drahtm.) Berlin, 30. September.

Am Sonnabend sollten die in der Nürnberger Reichsbankfiliale aufbewahrten 100 Millionen Goldmark im Auftrage der Reichsbank-Zentralstelle nach Berlin transportiert werden. Staatskommissar Bareis, der eben sein Amt an Stelle des abgesetzten Oberbürgermeisters Dr. Luppe als Polizeichef angetreten hatte, verhinderte den nach Berlin bestimmten Goldmarktransport.

Die Bayern wenden jetzt gegen die Reichsregierung dieselben Methoden an, die die Franzosen im besetzten Gebiet wiederholt angewandt haben. Die Beschlagnahme der 100 Goldmillionen bedeutet die offene Auflehnung gegen das Reich.

Bayrische Faszistenkuriere abgefangen

(Eig. Drahtm.) Berlin, 2. Oktober.

Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" wurden im Vogtland zwei Automobile durch aufgestellte Arbeiterwachen festgehalten, von denen das eine Karabiner, Revolver und Munition führte. Es handelt sich um bayrische Staatsangehörige, die festgenommen wurden.

Protest des Nürnberger Stadtrats

(Eig. Drahtm.) Nürnberg, 1. Oktober.

Der Nürnberger Stadtrat hat sich telegraphisch bei Kahr dagegen beschwert, daß ihm die Polizeigewalt in Nürnberg und Fürth weggenommen und dem staatlichen Polizeidirektor übertragen worden ist. Der Stadtrat wird sich morgen in öffentlicher Sitzung mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Ein neuer Vorstoß der rheinischen Sonderbündler von Kommunisten abgeschlagen

(Eig. Meldung.) Düsseldorf, 2. Oktober.

Die Sonderbündler haben in der Nacht versucht, die Entwaffnung der grünen Polizei sich zunutze zu machen, um sich in der Stadt verschiedene Punkte zu sichern. Die Kommunisten haben sie abermals zurückgeschlagen.

WTB. Düsseldorf, 1. Oktober.

Der Sonntag hat hier 10 Tote und 74 Verwundete gefordert. Ein blauer und zwei grüne Polizeibeamte sind tot, vier blaue und neun grüne verwundet. Alle Schupooffiziere wurden von den Besatzungsbehörden verhaftet. Infolge der Vorgänge haben die Franzosen über Düsseldorf die Verkehrssperre von 11 Uhr abends bis 5 Uhr früh verhängt.

Kommunistenverhaftungen in Dortmund

(Eig. Drahtm.) Dortmund, 1. Oktober.

Die blaue Polizei verhaftete in Dortmund zwölf kommunistische Genossen, weil sie Flugblätter angeklebt hatten, die sich gegen die Kapitulation an der Ruhr richteten.

Freier Abzug der Stahlhelmleute aus Küstrin

Küstrin, 2. Oktober.

Dienstag früh 6 Uhr wurde die Festung Küstrin durch die Reichswehr von den Stahlhelmtruppen gesäubert. Aus Fürstenwalde waren zwei schwere Bataillone erschienen, aus Frankfurt a. d. O. die Maschinengewehrabteilung 8. Auch Artillerieabteilungen waren zur Erzwingung der Uebergabe notwendig. In den frühen Morgenstunden wurde das Fort Gorgatz geräumt. Die 500 Stahlhelmleute haben 1 Toten und 11 Verwundete, die Reichswehr einen Verwundeten. Die Stahlhelmleute konnten frei abziehen.

*

Diese Meldung bestätigt vollauf, daß die Gefahr keineswegs gebannt ist. Warum läßt man die Aufrührer abziehen? Warum wurde in den ersten offiziellen Meldungen von „Nationalkommunisten" gefabelt, während es doch regelrechte Stahlhelmleute sind, die in ganz Norddeutschland mobilisiert sind. Wer sind die Toten und Verwundeten?

Heraus mit der Sprache!

*

WTB. Berlin, 1. Oktober.

Ueber die Lage in Küstrin wird vom Reichswehrminister mitgeteilt: Durch sofortiges energisches Eingreifen ist der Kommandant in kurzer Zeit der Bewegung Herr geworden. Die Garnison ist in die Stadt eingedrungen und hat die Unruhestifter im Zeughof eingeschlossen. Mehrere Führer sind verhaftet. Die von den Nachbargarnisonen anmarschierenden Verstärkungen werden voraussichtlich nicht mehr einzugreifen brauchen.

WTB. Berlin, 2. Oktober.

In Küstrin kam es bei einem Entsatzversuch, den die Aufständischen zur Befreiung der im Zeughof eingeschlossenen Aufrührer unternahmen, zu einem Feuergefecht, bei dem die Aufständischen Verluste an Toten und Verwundeten hatten. Bei der Reichswehr sind bisher keine Verluste gemeldet. Am Abend waren die Aufrührer im Zeugof von der Außenwelt völlig abgeschlossen. Die Entwaffnungsaktion ist eingeleitet. Die Säuberung der Umgebung von Küstrin ist im Gange. Der Einzug der auf Küstrin in Marsch gesetzten Verstärkung ist nur zum geringen Teil nötig geworden. Die Umgebung von Berlin wird von Reichswehr und Polizei scharf überwacht.

*

Die Meldungen zeigen, daß die norddeutschen Faszisten aufs Beste ausgerüstet sind, daß sie noch keineswegs zerstreut sind. Der gestrige offizielle Bericht des WTB. spricht von „National-Kommunisten". Diese eigenartige Bezeichnung soll offensichtlich die Oeffentlichkeit darüber täuschen, daß es Truppen der sogenannten „vaterländischen Verbände" sind, die den Handstreich auf Küstrin machten, gleichzeitig sollen diese Hakenkreuzler in Verbindung mit den Kommunisten gebracht werden. Selbstverständlich haben die monarchistischen Hakenkreuzler, die Küstrin stürmten, nicht das Geringste mit den Kommunisten zu tun, dagegen sind es offenbar faszistische Truppen, die mobilisiert und fanatisiert, sich zu früh zu weit vorwagten und nun durch sanften Druck wieder in die große Linie der vorrückenden weißen Front zurückgebracht werden müssen.

Die Ereignisse von Küstrin sind für die Arbeiterschaft ein Symptom, das die Gefahr in ihrer ganzen Größe zeigt. **Diese Gefahr ist nicht gemindert. Die Arbeiterschaft muß in höchster Alarmbereitschaft bleiben.**

Die Schwerindustrie beurlaubt die Faszisten!

(Eig. Meldung.) Berlin, 1. Oktober.

In den Siemenswerken, Berlin-Charlottenburg, haben sämtliche Mitglieder der gelben Werksorganisationen Urlaub erhalten unter Fortzahlung ihres Lohnes. Die Leute sind zu Uebungen für unbestimmte Dauer abberufen.

Es darf nur frisierte Kriegsberichte geben

Berlin, 1. Oktober.

Folgender Befehl des Reichswehrministers ist an die Wehrkreiskommandos ergangen: „Um Beunruhigungen der Bevölkerung durch Verbreitung ungeprüfter Gerüchte zu vermeiden, befehle ich: Ueber Unruhen im unbesetzten Reichsgebiet dürfen von der Presse keinerlei Nachrichten außer amtlichen Mitteilungen der Militärbefehlshaber gebracht werden. Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. 9. 1923 bestraft."

*

Der Herr Reichswehrminister Geßler erreicht mit diesem Befehl das Gegenteil des vorgeblichen Zwecks. Wenn nur die Mitteilungen der Militärbefehlshaber veröffentlicht werden dürfen, so muß diese Maßnahme im breiten Publikum das größte Mißtrauen erregen, denn diesen offiziellen Berichten, die etwa vom Reichswehrgeneral Seeckt herausgegeben werden, haucht von vornherein das Odium der aus Kriegszeit her übel berüchtigten Berichte des Kriegs-Pressequartiers an. Die Masse des Publikums wird darum alle „Parolen" eher glauben als die Berichte des Herrn Seeckt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231002-15/fragment/page=0001

Vor einer Regierungskrise?

(Eigene Meldung.) **Berlin**, 2. Oktober.

Die Situation in der Großen Koalition scheint sich zugespitzt zu haben. Der Angriff der Deutschnationalen gegen die Sozialdemokraten scheint nicht ohne Eindruck geblieben zu sein. Zwar werden die Meldungen von den Blättern der Koalition dementiert, jedoch in einer Form, die die Nachricht über Differenzen in den bürgerlichen Parteien bestätigen. Die „Zeit" schreibt gestern abend von der Frage der Produktionssteigerung, die maßgebend sei, für die Große Koalition. Es wird sich um die Frage handeln, ob eine gemeinsame Plattform zu schaffen ist, auf der dieses Problem gelöst werden kann. Ob dieser Weg von allen in Betracht kommenden Parteien bis zu Ende gegangen, und ob sich aus dieser Frage politische Konsequenzen nach innen ergeben, sollte man zunächst abwarten. Ob diese Frage sich im Rahmen der heutigen Koalition lösen lasse oder nicht, ist eine verhältnismäßig nebensächliche Frage. Damit wird jedoch immerhin die Frage angeschnitten.

Die „Kreuzzeitung" zeigt sogleich, was von den Stresemannschen Versprechungen zu halten ist. Sie schreibt wörtlich: „Der Hinweis auf die Wehrpflicht des Besitzes soll natürlich einen Köder bilden." Damit erklärt sie, daß die bürgerlichen Parteien nur von den Arbeitenden neue Opfer verlangen.

Die „Vossische Zeitung" weiß zu berichten, daß vor allem bei den Parteien schärfere Auseinandersetzung über das Währungs- und Wirtschaftsprogramm der Parteien stattgefunden habe. Inwieweit und in welcher Form sich diese Kritik auswirken wird, steht dahin. In Parlamentskreisen ist gestern von der Möglichkeit einer entsprechenden Kabinettsbildung gesprochen worden. Dieselbe Zeitung nimmt an, daß sich die Reichsregierung besondere Vollmachten geben lassen wird, um auf die Produktionssteigerung Einfluß zu nehmen, wahrscheinlich unter Aufhebung des Achtstundentages.

Die „DAZ." meldet gleichfalls diese Differenz. Sie zeigt deutlich, wie weit die Fragen schon gediehen sind! „Man wird versuchen, dieses Kabinett durch die außen- und innenpolitischen Klippen aller Art hindurchzusteuern, aber alles mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgen und zugleich auf plötzliche neue Wendungen gefaßt sein müssen."

Auch das „Berliner Tageblatt" nimmt an, daß diese Zerfetzung der Großen Koalition nach dem kalten Putsch bald eintreten kann. Die Voraussetzung für die Einhaltung der Dispositionen der heutigen Reichsverfassung ist selbstverständlich, daß nicht neue Ereignisse eintreten, die die Lage komplizieren. Das „Tageblatt" bringt mehrere Ausführungen über die Deutsche Volkspartei, die vor allem auf Ausschiffung der Sozialdemokraten aus der Regierung drängt. In einer Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei soll „die Frage der Großen Koalition eine große Rolle gespielt" haben. Vor allem ist es die bayrische und sächsische Frage, an der das Kabinett neben der Frage der Produktionssteigerung scheitern kann.

Der „Vorwärts", der nur schwächlich zu den Verordnungen Kahrs Stellung nimmt, schreibt zu der Parlamentskrise: „Sollten die bürgerlichen Parteien der Mitte jetzt plötzlich ihre Gesinnung und Haltung ändern, so würden sie sich in eine Rolle begeben, um die sie wahrlich niemand beneiden könnte." Die Sozialdemokratie hängt von allen Parteien entschieden am stärksten an der Großen Koalition. Ihre Ausführung gegen Bayern sind von diesem Wunsche der Erhaltung der Koalition diktiert. Immer noch, trotz der bayrischen Drohungen spricht sie von „der Ueberlegung und Geduld", mit der die Reichsregierung vorgehen soll.

Die Ministersozialisten wollen die Gefahr nicht sehen!

Berlin, 2. Oktober.

„Das Reichskabinett setzte gestern unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten seine Beratungen über die in der heutigen Reichstagssitzung vom Reichskanzler Dr. Stresemann für die Regierung abzugebenden Erklärungen fort. Es wurde völlige Uebereinstimmung über die in Frage kommenden Punkte erzielt.

*

Stresemann und die sozialdemokratischen Minister sind sich immer noch einig; die Ministersozialisten wollen die Gefahren noch immer nicht sehen, die dem Proletariat — auch soweit es in der VSPD. noch organisiert ist — durch die Militärdiktatur drohen. Die Gefahr der Militärdiktatur ist viel größer als die Faszistengefahr, der sie angeblich begegnen soll. Die Militärdiktatur ist die verlängerte Front des Faszismus zur Front des Weißen Terrors, der seine Herrschaft mit der Krise in der Großen Koalition ankündigt. Die Schwerindustrie, die Deutschnationalen, die Offiziersbünde und alle anderen reaktionären Elemente sammeln sich zum verschärften Druck hinter der Militärdiktatur, die bald auf kaltem Wege nach den Methoden des Generals Möhl zur Etablierung des Kahr-Regimes im März 1921 mit den sozialdemokratischen Ministerherrlichkeiten aufräumen und den offenen Weißen Terror mit all seinen Schrecken für das Proletariat errichten wird. Unsere Genossen werden darum heute im Reichstag schonungslos die Verbrechen des Koalitionssozialismus brandmarken und die Gefahren aufzeigen, die der schaffenden Bevölkerung drohen. Sie werden die Beseitigung der Militärdiktatur und die Errichtung der Arbeiter- und Bauern-Regierung mit allem Nachdruck fordern, um vor allem auch die sogenannten linken Sozialdemokraten zu einer Entscheidung zu zwingen.

Im übrigen weiß das gestrige „8-Uhr-Abendblatt" zu berichten, daß die für heute angesetzte Reichstagssitzung um zwei bis drei Tage verschoben werden soll. Wenn das der Fall ist, dann ist das ein Zeichen dafür, daß der Bruch der Großen Koalition nahe bevorsteht, um einer Weißen Diktatur v. Seeckt Platz zu machen. Das Proletariat muß klar sehen und zum Kampf in einheitlich geschlossener Front bereitstehen!

Kein Kompromiß, Kampf um die Monarchie

Kahrs Programmrede

Wie der „Vorwärts" berichtet, hat Kahr gestern vor Vertretern der nationalen Presse gesprochen — darunter auch dem des „Völkischen Beobachters" —. Nicht geladen waren die „Münchener Post" und ausländische Blätter. Kahr entwickelte noch einmal sein Programm. Seine Stellung zum Monarchismus sei bekannt. In dieser Frage müsse endlich einmal Klarheit geschaffen werden. Von dieser klaren Entscheidung ausgehend, könnte niemals ein Kompromiß, sondern nur der Kampf und ein Austragen der Gegensätze zum Ziele führen. Aus dieser Stellungnahme heraus sei das Verbot der „SU." und ähnlicher Organe zu beurteilen. Die Unterlassung des Vollzuges des Gesetzes zum Schutze der Republik gehöre zu den Maßnahmen, die zur Klärung der Lage führen sollen.

Die Monarchie werde nicht ausgerufen, sondern sie wartet und kommt von selbst, wenn sie gesund ist.

*

Am Deutschen Tag, mit der Genehmigung Kahrs in Bayreuth veranstaltet wurde, hat sich u. a. das dritte Bataillon des Infanterieregiments Nr. 21 beteiligt. Diese Beteiligung soll gegen den Willen des Reichswehrministers erfolgt sein und eine beabsichtigte Demonstration gegen ihn darstellen.

Die Goldmark für die Kapitalisten

WTB. **Berlin**, 2. Oktober.

Der Reichsrat genehmigte gestern den Gesetzentwurf über die Errichtung einer Währungsbank, die die Schaffung eines real fundierten Zahlungsmittels, der Neumark, vorsieht, die der Goldmark gleichstehen soll. Die Neumark wird von einer vom Reiche unabhängigen durch die gesamte deutsche Wirtschaft zu errichtenden Währungsbank mit einem Kapital von 3200 Millionen herausgegeben werden. Die Noten der Bank werden gedeckt durch 5 Prozent. Goldmarkrentenbriefe, die als Grundschuld auf den landwirtschaftlichen, industriellen und gewerblichen Grundbesitz eingetragen werden und im übrigen auf Schuldverschreibungen der beteiligten Kreise beruhen sollen. Zur weiteren Deckung sollen Gold und Devisen dienen, die der Bank zufließen. Die eingetragene Grundschuld soll auf 4 Prozent des Wehrbeitrages in Goldmark lauten und verzinslich sein. Die Rentenbriefe werden zu je 500 Goldmark ausgefertigt. Die Noten der Bank sollen gegen Rentenbriefe umgetauscht werden können. Die neue Währungsbank soll verpflichtet sein, dem Reich zur Tilgung der Reichsschuld bei der Reichsbank 1200 Millionen Mark, wovon 300 zinslos, zur Verfügung zu stellen. Die Papiermark bleibt bis auf weiteres gesetzliches Zahlungsmittel in bestimmter Höhe.

Die Bergleute sollen bedingungslos weiterschuften

Auf Befehl der Koalitionsregierung

WTB. **Dortmund**, 2. Oktober.

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der Gewerkschaftsbund der christlichen Bergarbeiter und der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein richten einen Aufruf an die Bergarbeiter im besetzten Gebiet, in dem sie die Bergarbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit auffordern. In Gelsenkirchen bahnte eine Kommission der Eisenbahnergewerkschaften Verhandlungen mit den Franzosen wegen Wiederaufnahme der Arbeit an, die zu keinem Ergebnis führten. Dasselbe war in Bochum der Fall.

*

Die reformistischen Gewerkschaftsführer führen bedingungslos die Befehle der Koalitionsregierung aus. Wie sie auf Befehl Cunos und wieder ohne irgendeine Bedingung zu stellen, für die Bourgeoisie zum Kampf aufriefen, so blasen sie jetzt wieder ab.

Dabei hätten sie allen Anlaß, mindestens Garantien für menschenwürdige Entlohnung und Sicherung der wenigen Vorteile der Arbeitsbedingungen zu verlangen. Denn die Bourgeoisie eröffnet gegen die Bergarbeiter die schärfsten Angriffe. Die „Vossische Zeitung" sagt, daß die Bergarbeiter „den Reallohn der Vorkriegszeit nicht unerheblich überschritten" hätten. Ebenso schreibt das Blatt von einem Rückgang der Arbeitsleistung und verlangt Ueberschichten.

Es wäre Pflicht der Gewerkschaftsführer, für die Interessen der Arbeiter einzutreten, anstatt lediglich Befehle der Regierung auszuführen. Da sie es nicht tun, müssen die Arbeitermassen selbst jede Verschlechterung abwehren.

Abbau der Erwerbslosenunterstützung im Ruhrgebiet

(Eig. Drahtm.) **Düsseldorf**, 2. Oktober.

Im Ruhrgebiet sollen die Erwerbslosenzuschüsse abgebaut werden, und zwar schon während des Monats Oktober, so daß mit Ende Oktober nur noch die gleichen Unterstützungssätze wie im unbesetzten Gebiet gezahlt werden sollen, obwohl im Rheinland durch die Besetzung eine viel stärkere Teuerung eingetreten ist.

Buchdruckeraussperrung in Trier

WTB. **Trier**, 1. Oktober.

Die Arbeiter des Trierschen „Volksfreundes" sind heute morgen wegen außertariflicher Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Die Verleger der anderen Zeitungen und Buchdruckereien haben sich solidarisch erklärt und ihre Arbeiter ausgesperrt.

Demokratie oder Diktatur

Von **Artur Beyer** (VSPD.)

Die folgenden kurzen Ausführungen sind uns mit einem Begleitschreiben übersandt worden, das ebenso gut, wie der Artikel selbst, die Situation blitzartig erhellt. Wir bringen es deshalb unseren Genossen zur Kenntnis: Red. G.] Ich habe hier meine Anschauung niedergeschrieben und bin der Ansicht, daß sie die Mehrheit der Genossen in den Betrieben deckt. Ich bitte um Aufnahme. — Die Stimmung der Genossen ist jetzt ganz verzweifelt. Man hat seine Not, wenn man sie der Partei erhalten will."

Der Artikel vom Genossen Lode und die Antwort darauf vom Genossen Stücklen veranlassen mich, folgende Gedanken zu schreiben:

Die Frage, ob wir nur mit der Demokratie aus der jetzigen Situation herauskommen, muß ich glattweg verneinen; denn unsere jetzige Lage hat ja bewiesen, wie weit wir mit der Demokratie gekommen sind, also heißt es nun: diktatorisch handeln. — Gewalt erzeugt wieder Gewalt. So wird uns, die wir in der Opposition stehen, immer entgegengehalten, aber, was hat unsere bisherige Schlappheit erzeugt? Man bedenke die Hitlerbanden, nicht bloß in Bayern, nein, in ganz Deutschland. **Ist das nicht die roheste Gewalt? Wären die Banden so stark geworden, wenn wir von 1918 an diktatorischer gehandelt hätten?** Ich behaupte: nein! Damit meine ich noch lange nicht, daß wir nach russischem Muster hätten regieren sollen. — Uns wird immer Ungarn, Italien usw. vor Augen geführt, ich aber behaupte, **daß wir mit der Demokratie ganz infzesive in den Faszismus hineinschlittern, ohne daß es viele merken.** — Kleinarbeit leisten, auflären, das wird uns Funktionären immer empfohlen, wollten doch die Koalitionsverfechter einmal in die Betriebe gehen, möchten sie es versuchen. Sie würden sich umsehen! **Mit schönen Reden und Versprechungen lassen sich die Massen nicht mehr befriedigen. Sie wollen Taten sehen.**

Sind mit der Demokratie durchgreifende Maßnahmen zu erreichen? Nein, sonst hätte schon manches geschehen können. Nun heißt es immer: **„Wir sind keine Mehrheit."** Nun, in der jetzigen Zeit werden wir keine Mehrheiten bei Wahlen erhalten; denn viele Arbeiter sind nicht mehr in der Lage, eine Arbeiterzeitung zu lesen und die Enttäuschungen, die wir bis jetzt erlebt haben, an denen auch die Partei eine große Schuld trägt, hat ungezählte Massen zum Indifferentismus getrieben und manchen den Kommunistischen, und was tausendmal schlimmer ist, den faszistischen Parolen zugänglich gemacht. Wollen wir warten, bis wir eine parlamentarische Mehrheit haben, so verhungern wir. Selbst wenn wir sie hätten und Gesetze beschließen könnten, wie wir wollen, würde es **ohne Diktatur** nicht gehen, weil das Kapital mit seinen Banden sich widersetzen würde, und das nicht zu wenig. Also ist es besser, wenn wir zu dieser Diktatur schon jetzt übergehen, ehe wir es nicht mehr können, **zu einer Diktatur der Not, die ohne Zweifel eine der Mehrheit ist, die von drei Viertel des deutschen Volkes begrüßt und auch tatkräftig unterstützt würde.** Die Kampfformen des Kapitalismus haben sich geändert, also müssen auch wir unsere Taktik ändern, und Karl Marx und Bebel würden nichts dagegen haben, wenn die Partei, durch den Gang der Entwicklung gezwungen, die Formen der Demokratie weniger wichtig als das Wesen hält und sich danach richtet.

Zusammenbruch der Aktion gegen die Berliner KPD.

Nachdem die Genossen Pfeiffer, Redetzki, Grylewitz und Schumacher von der Berliner Bezirksleitung der KPD. vier Wochen lang widerrechtlich in Haft gehalten worden sind, mußte man sie nunmehr am letzten Sonntag entlassen, weil die Anklage gegen sie wegen Mangels jedweden zureichenden Materials völlig zusammengebrochen ist. Das Berliner Proletariat wird allen Schikanen und Provokationen zum Trotz nun erst recht seinen Mann stehen!

Protest gegen den Belagerungszustand!

Die hallischen Gewerkschaften fordern die Arbeiter-Regierung

Mit allen Machtmitteln für die deutsche Republik

Arbeiter! Angestellte! Beamte!

Die unterzeichneten Organisationen der **hallischen Arbeitnehmerschaft** befaßten sich in der am Sonnabend, dem 29. September, einberufenen Sitzung mit der augenblicklichen Lage im Reich.

Durch die bedingungslose Kapitulation, zu der die Reichsregierung gezwungen war, erhebt in Bayern die faszistische Reaktion durch die Kahr-Diktatur ihr Haupt, um entweder die faszistische Militärdiktatur über Deutschland aufzurichten, oder vorläufig die Abtrennung Bayerns vom Reich zu vollziehen.

Poincaré läßt seine Bedingungen zur deutschen Kapitulation veröffentlichen, die nichts anderes bedeuten, wie Privatisierung der rheinischen Bahnen und der Ruhrstaatszechen. Der Kampf an der Ruhr endete mit einer Niederlage, **die von den Großkapitalisten bewußt herbeigeführt wurde**, um sich ihre Profitrate auf Kosten schärferer Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Massen zu sichern.

Neue große Lasten werden durch den gewünschten Abschluß des Ruhrkrieges der deutschen Arbeitnehmerschaft aufgebürdet. Die ungeheuren Summen, die zur Führung des passiven Widerstandes ausgeworfen und lediglich vom Proletariat aufgebracht wurden, sind nutzlos verpulvert. Bis zum Weißbluten ist bereits die gesamte Arbeitnehmerschaft ausgebeutet! Die letzte Mark wird durch Steuerabgaben erfaßt!

Andererseits sind alle Maßnahmen der Regierung zur Erfassung der Devisen und der schärferen Steuerheranziehung der besitzenden Klassen bis jetzt unwirksam geblieben. Die verschärfte Devisenspekulation, die nach der Bekanntmachung der Devisenverordnung von seiten der Kapitalisten einsetzte, bedeutet nichts anderes als eine Kampfansage gegen die Regierung.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sind in erschreckendem Maße die Folgen dieser Katastrophenpolitik.

Die Unabhängigkeit, Selbständigkeit und die Einheit Deutschlands steht auf dem Spiele. Die deutsche Republik ist in Gefahr, zerschlagen zu werden.

Die unterzeichneten Organisationen verlangen daher von ihren Spitzen, daß sie sich für folgende Forderungen mit allen zu Gebote stehenden Machtmitteln der deutschen Gewerkschaftsbewegung einsetzen:

1. Alle Lasten, die durch die Beendigung des Ruhrkrieges, sowie durch die unbedingt zu schaffende bessere Lebenshaltung der deutschen Arbeitnehmerschaft entstehen werden, **sind durch die besitzenden Schichten des deutschen Volkes aufzubringen.**
2. **Entmaßnung der deutschen Konterrevolution zur Sicherung der deutschen Republik und der Freiheit der Arbeitnehmerschaft.**
3. Sofortige **Erfassung der Sachwerte und Devisen.**
4. Als Endziel: die Erkämpfung der politischen Macht durch die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die heute die einzigen Stützen und Träger des republikanischen Staatssystems sind.

Halle, den 1. Oktober.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Halle,
Förster.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortsausschuß Halle,
Deininger.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Ortsausschuß Halle,
Flicht.

Massenkundgebung der Jenaer Arbeiterschaft

Gegen das Verbot der Arbeiterpresse — Attacken der berittenen Landespolizei

(Eig. Drahtm.) **Jena**, 1. Oktober.

Heute nachmittag rief die Kommunistische Partei die Arbeiterschaft zu einer Massenkundgebung nach dem Marktplatz auf. Die Demonstrationsversammlung wurde von der Jenaer Polizei verboten. Im größten Saale Jenas, im „Volkshaus", fand darauf die Protestkundgebung statt, die sich gegen das Verbot der „Neuen Zeitung" und den Belagerungszustand wendete. Nach Schluß der Versammlung bildete sich ein spontaner Demonstrationszug, der nach dem Gebäude der „Neuen Zeitung" zog. Nach einer kurzen Ansprache löste sich die Versammlung auf. Als die Massen bereits am Auseinandergehen waren, kam auf Laskautos Lapo und blaue Polizei, die in provokatorischer Art und Weise gegen die Menge vorging. Die Versammelten wurden durch die Straßen Jenas getrieben. Berittene Lapo wurde eingesetzt. Es wurden einige Personen verhaftet.

*

Am 30. September überfiel in Wolfenbüttel Polizei eine öffentliche Arbeiterversammlung. Mit blankem Säbel wurde blindlings eingehauen und Reichswehr alarmiert. Die Aktion erfolgte zum Schutze von Stahlhelmleuten, die die auseinandergehende Versammlung provoziert hatten.

Am letzten Freitag ging in Halberstadt die Polizei ebenfalls mit blanker Waffe gegen eine Arbeiterversammlung vor.

Die bayrischen Verkehrsbeamten gegen eine faszistische Diktatur

(Eig. Drahtm.) **München**, 1. Oktober.

Eine Funktionärversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes und des Deutschen Verkehrsbundes in München faßte eine Entschließung, in der es unter anderem heißt, daß das Bahn- und Postpersonal allen separatistischen und reaktionären Bestrebungen entgegentreten und jeder Faszistendiktatur ihren Dienst verweigern wird. Selbst die christliche Deutsche Postgewerkschaft erklärt in ihrem Organ, daß ihre Mitglieder jeden Versuch der Faszisten, eine nationale Diktatur aufzurichten, mit den schon im Kapp-Putsch erprobten Methoden, also dem Generalstreik, entgegentreten werden.

Die Militärdiktatur in Sachsen

(Eig. Drahtm.) **Dresden**, 1. Oktober.

Die Ablösung der Zivilgewalt durch Militärgewalt in Sachsen ist in vollem Gange. In Dresden wurde die alte Militärwache durch Reichswehr besetzt. Reichswehr sind ausgerüstet: Stahlhelm, Gewehr, Handgranaten und Maschinengewehre. Auch das Dresdener Polizeipräsidium wurde durch preußische Reichswehrtruppen besetzt. Man scheint bei der Reichswehr und einem Teil der Polizei die Arbeiterschaft provozieren zu wollen, und dann „zum Schutze der sächsischen Regierung" mit den schärfsten Mitteln angreifen zu können.

In Leipzig ist es zu einem Abkommen der KPD. mit der VSPD. gekommen.

Die sächsische Regierung läßt sich freiwillig ausschalten. Sie hat bisher öffentlich noch nichts unternommen.

Das Militärkommando verlangte bereits Auflösung des Selbstschutzes der Arbeiter, hat jedoch vorläufig die Durchführung dieser Forderung noch nicht gewaltsam vorgenommen. Die sächsische Regierung ist völlig hilflos und passiv.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231002-15/fragment/page=0002

Die Arbeitslosen in Sowjet-Rußland

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland wächst lawinenartig an. Die Not dieser Unglücklichen ist riesengroß, Hunderttausende von Familien mit ihren Kindern sind unmittelbar dem Verhungern ausgesetzt. Doch die deutsche Regierung, die Koalitionsregierung, in der Sozialdemokraten die führende Rolle spielen, tut nichts, um den Unternehmern das Stillegen von Betrieben, die Vermehrung der Arbeitslosen durch immer weitere Massenentlassungen unmöglich zu machen, sie tut auch nichts, um das Los der Arbeitslosen zu mildern. Im Gegenteil, schärfer und rücksichtsloser als alle bisherigen Minister geht der sozialdemokratische Finanzminister Hilferding gegen die Arbeitslosen vor. Auf Befehl von Stinnes sollen schon in den nächsten Tagen sämtlichen weiblichen Arbeitslosen und auch allen männlichen unter 21 Jahren **die Arbeitslosenunterstützungen ganz entzogen werden.** Den übrigen Arbeitslosen sollen die Bezüge nach kurzer Zeit ebenfalls entzogen werden, eventuell an eine Erwerbslosenversicherung verwiesen werden, die sicher genau wie alle sozialen Versicherungen kaum soviel Geld pro Woche ausbezahlen wird, als zu einer Straßenbahnfahrt ausreicht.

Was tut die VSPD. und ihre Presse in dieser Situation?

Sie greift zu dem alten, oft angewandten Trick. Statt den Arbeitslosen zu helfen und mit ihnen um Verbesserung ihrer traurigen Lage zu kämpfen, verbreitet sie Lügen über Sowjet-Rußland, Lügen über die schlechte Lage der russischen Arbeitslosen, um damit zu behaupten, die deutschen Arbeitslosen hätten es noch gut im Vergleich mit den Arbeitslosen in Rußland.

So geht jetzt ein Artikel: „Die Erwerbslosenfürsorge in Rußland" durch die VSPD.-Presse, worin eine angeblich vom Petrograder Gubisselkom (städtische Behörde) erlassene Verordnung zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit veröffentlicht wird. Daraus geht hervor, daß in Rußland die Arbeitslosen in zwei Gruppen eingeteilt werden. Die eine Gruppe umfaßt wirkliche arbeitslose Proletarier; in die zweite sind Leute eingetragen, die weder Arbeiter oder Angestellte, noch Beamte sind, sich aber in die Arbeitslosenliste eintragen lassen, um die Vergünstigungen zu erhalten, die den Arbeitslosen zustehen. Als Unterscheidungsmerkmal zwischen den beiden Gruppen gilt (immer nach der zitierten Verordnung), — daß nur diejenigen als wirkliche Arbeitslose gelten, die sich durch ihren ausgeübten Beruf als wirkliche Proletarier ausweisen können, und solche, die mindestens ein Jahr als Arbeitnehmer beschäftigt waren. (Für Jugendliche, bei denen diese Voraussetzung unmöglich ist, gelten andere Bestimmungen.) Alle übrigen Arbeitslosen werden zur zweiten Gruppe gezählt und von der Liste auf den Arbeitsbörsen gestrichen. Warum? Es handelt sich um ehemalige Bourgeois, die sich seit Jahr und Tag weigern, die neue Regierung, die durch die Revolution umgeänderten Verhältnisse anzuerkennen. Jene Elemente, die sich weigern, nützliche Arbeit zu verrichten, die in den Reihen der Konterrevolutionäre stehen, auf den Sturz der Sowjetregierung warten und die versuchen, die Konterrevolution zu mobilisieren. Die Männer arbeiteten nicht zu einer Zeit, wo es keine Arbeitslosen gab, sie lebten von dem Verkauf von Wertsachen. Diese Schichten lassen sich nun als „Arbeitslose" eintragen, nicht um zu arbeiten, sondern, um die Unterstützung und Vergünstigungen zu erhalten, und um sich von den Steuern usw. zu drücken, die ihnen als Kleingewerbetreibende auferlegt worden sind.

Gegen diese Elemente wird zurzeit in Rußland allerdings scharf vorgegangen, **hauptsächlich deshalb, um den wirklichen arbeitslosen Proletariern noch mehr Unterstützung und noch mehr Vergünstigungen als bisher gewähren zu können.** Der angeblich der Verordnung entnommene Satz: „Die an der Arbeitsbörse angemeldeten Personen haben kommunale Dienstleistungen, Wohnungsmiete, Steuern usw. wie die übrige Bevölkerung zu zahlen", in der VSPD.-Presse durch Fettdruck hervorgehoben, ist in dieser Form ganz **offensichtlich ein Ueberfetzungsschwindel.** Steht etwas Aehnliches in der Verordnung (wir werden auf Grund einer Anfrage in Rußland nächstens den genauen Text bringen. D. Red.), dann kann sich das nur auf die schon gekennzeichneten Drückeberger und falschen „Arbeitslosen" beziehen, denn **in Rußland bezahlt kein Arbeiter und natürlich erst recht kein Arbeitsloser irgendwelche Steuern. Laut Gesetz, das unerbittlich angewandt wird, darf kein** Arbeitsloser aus seiner Wohnung getrieben werden, ganz gleich, wie lange er keine Miete bezahlt hat. Im übrigen kann gesagt werden, daß die Lage der Arbeitslosen in Rußland selbstverständlich sehr schwer ist. Die Geldunterstützung ist wegen der Armut des Staates noch niedrig, sie beträgt etwa 15 Prozent des Lohnes der Vollarbeiter. Doch genießt der Arbeitslose eine Reihe von Vergünstigungen. Er hat die Straßenbahnfahrt ganz frei, bei Eisenbahnfahrten große Ermäßigung, er bekommt in Extraküchen Mittag- und Abendessen zu ganz billigen Preisen; dazu kommen weitgehende Vergünstigungen beim Einkauf von Kleidungsgegenständen und Nahrungsmitteln. So geht es dem russischen Arbeitslosen gewiß nicht gut, aber zu hungern und zu frieren braucht keiner, und sie alle wissen, daß, je besser sich die Lage des Staates gestaltet, um so besser auch ihr Los wird. In Deutschland dagegen ist es gerade umgekehrt. Die sozialdemokratischen Soldknechte des Kapitals verleumden Rußland, um die brutalen Maßnahmen der Stinnes-Hilferding gegen Schaffende und Arbeitslose zu verteidigen. Man hetzt gegen Sowjet-Rußland, um die Arbeiter zu schädigen, um sie in das erbarmungslose Stinnesjoch hineinzutreiben.

Militärdiktator Müller verbietet über den Kopf der thüringischen Landesregierung hinweg

In Jena hat der Militärbefehlshaber General Reinhardt die kommunistische „Neue Zeitung" und das Kopfblatt „Das Rote Echo" auf acht Tage ohne Angabe von Gründen verboten. In Jena wurden am Sonnabend die Redaktion und die Geschäftsräume der „Neuen Zeitung" von Reichswehr besetzt und die Druckplatten wegen des Aufrufes der Partei vernichtet.

Die Besatzungsbehörden verbieten kommunistische Zeitungen

Essen, 1. Oktober.

Die Besatzungsbehörden haben die kommunistischen Zeitungen Gelsenkirchener „Volksstimme", Mannheimer „Arbeiterzeitung" und „Die Rote Fahne an der Ruhr" verboten, letztere „endgültig".

„Rote Hilfe"

Die Parteischule in Jena hatte Gelder für die „Rote Hilfe" gesammelt, und zwar in der Höhe von 138 Millionen Mark. Da zwischen den Parteischülern auch Tschechen waren, so haben sie noch 35 tschechische Kronen zu demselben Zwecke gesammelt.

Der Düsseldorfer Regierungspräsident verhaftet. Im Zusammenhang mit den Vorkommnissen am Sonntag in Düsseldorf haben die Franzosen den stellvertretenden Regierungspräsidenten Oberbaurat Radbatz verhaftet.

Gemeinsame Hundertschaften in Leipzig. Heute nachmittag finden in Leipzig die Schlußbesprechungen zwischen der VSPD. und der KPD. über die Bildung gemeinsamer Hundertschaften statt.

Vom Tage

Explosion auf dem Berlin-Potsdamer Bahnhof. Nach Mitteilung der Berliner Reichseisenbahndirektion fand gestern mittag 12.30 Uhr in der Postgepäckkammer des Berlin-Potsdamer Bahnhofs eine Gasexplosion infolge undichter Gasleitung statt. Verletzt wurde der Hilfsvorsteherwärter Badtermann, der einen Beinbruch erlitt und leichte Kopfverletzungen davontrug. Der Materialschaden ist umfangreich. Der Eisenbahnbetrieb ist in keiner Weise in Mitleidenschaft gezogen.

Ausland

Kommunistenverfolgungen in Frankreich

(WTB.) Paris, den 1. Oktober.

Die Polizei verhaftete gestern drei Kommunisten, die vor den Kasernen kommunistische Schriften an die Soldaten verteilten.

Kommunistische Einigung in Dänemark

(Eigener Bericht)

Kopenhagen, den 2. Oktober.

Die Verhandlungen zwischen den beiden kommunistischen Parteien in Dänemark, zwecks einer Vereinigung, sind zum Abschluß gekommen.

Der Kampf der bulgarischen Kommunisten

(WTB.) Sofia, 29. September. Nach der Besetzung der Stadt Ferdinand durch die Truppen flohen aus ihr ein kommunistischer Trupp in nördlicher und ein anderer in westlicher Richtung. Die Gefangennahme der von starken Truppenabteilungen verfolgten Kommunisten steht nahe bevor. Davon abgesehen, ist, wie die Bulgarische Telegraphenagentur meldet, im ganzen Lande die Ordnung wiederhergestellt.

*

Aus dieser Nachricht, die von bulgarischer Regierungsseite stammt, geht hervor, daß der Kampf in Bulgarien weiter geht. Ob tatsächlich die Regierungstruppen die Oberhand erhalten haben, muß noch abgewartet werden, da die bulgarische Regierung von Anfang an nur ihr vorteilhafte Meldungen verbreitete.

Die Arbeitslosigkeit in England

Die Arbeitslosigkeit hat in England in der letzten Zeit wieder stark zugenommen. Mitte September waren über 1,2 Millionen als arbeitslos eingetragen. Hierzu kommt noch ein gewisser Prozentsatz von Nichteingetragenen. Ferner kommen noch zirka 80 000 Kurzarbeiter hinzu. Die britische Industrie, wie die britische Arbeiterpartei beschäftigen sich sehr eingehend mit der Frage der Arbeitslosigkeit. Diese Frage wird einer der wichtigsten Punkte der jetzt beginnenden Reichskonferenz sein.

Der britische Industriellenverband (Federation of British Industries) hat vorgeschlagen, die Arbeitslosen in die Kolonien zu schicken. Wie andere Waren soll die billige „Ware Arbeitskraft" verschickt werden, um den Profit der englischen Kapitalisten zu vermehren. Die britischen Kolonien wenden sich gegen die Auswanderung, da sie die Konkurrenz fürchten und teilweise selbst keine Arbeit für ihre eigenen Leute haben. Die englischen Arbeitslosen wehren sich gegen die Verschickung, da sie wissen, daß sie für einen Hungerlohn schwerste Arbeit leisten müßten, da sie fern von England völlig der Willkür des Kolonialregimes preisgegeben werden.

Die Labour Partie hat gleichfalls einen Vorschlag gemacht, der sich auf den Bahnen der produktiven Erwerbslosenfürsorge bewegt. Auch diese Maßnahmen werden den englischen Arbeitslosen keine gesicherte Existenzmöglichkeit bieten, wobei es höchst fraglich ist, ob „Sr. Majestät loyale Opposition" ernsthafte Anstrengungen machen werden, um selbst dies Minimalprogramm durchzusetzen.

Die englischen Arbeitslosen werden erst eine Sicherung ihrer Lebensmöglichkeit erhalten, wenn sie in Gemeinschaft mit den englischen Arbeitern die Gruben und Fabriken der Kapitalisten, die sich als unfähig erwiesen haben, diese zu verwalten, enteignen und der Verwaltung der Arbeiter übergeben.

Zur Krise in der italienischen Faszistenpartei. Der Vollzugsausschuß der faszistischen Partei hat, einer römischen Meldung zufolge, dem Verlangen Mussolinis entsprechend, seine Demission eingereicht.

Hochschulbildung für Arbeiter in Rußland. Moskau, 3. Oktober. Bei den Arbeiterfakultäten der Universität sind 26 000 Studenten eingeschrieben. Davon sind 60 Prozent Arbeiter. Zur Beendigung des Analphabetentums sind nach einer Meldung der russischen Telegraphenagentur 8000 Schulen eingerichtet worden.

Tschernowetz-Marken bei der russischen Post. Nach einer Meldung der russischen Telegraphen-Agentur werden die Post- und Telegraphengebühren in Sowjet-Rußland von jetzt an in fester Währung, und zwar in Tschernowetz, berechnet.

Militärische Geheimorganisationen der baltischen Junker. Unser Königsberger Parteiblatt, das „Echo des Ostens", veröffentlicht Statuten einer Zentralorganisation der baltischen Junker, die einen militärischen Verband gegründet haben, dem Mitglieder aus Lettland, Estland, Finnland, Polen, Berlin und Ostpreußen angehören sollen. Zweck des Verbandes ist, die Organisierung der baltischen Landeswehr in den baltischen Staaten und in Ostpreußen. An der Spitze stehen ein Baron Manteuffel und ein Baron Rosen. Das ostpreußische Proletariat fordert Einschreiten gegen diese militärische Geheimorganisation der baltischen Junker und das Recht der Organisation des proletarischen Abwehrkampfes.

Gewerkschaftsbewegung

Das frühere Dreiklassenwahlrecht in Preußen und die soviel gepriesene Demokratie in den freien Gewerkschaften

Die Anwendung der Demokratie in den Gewerkschaften durch die Zentralvorstände unterscheidet sich fast gar nicht von dem ehemaligen verhaßten Dreiklassenwahlsystem Preußens. Damals war es der Arbeiterschaft nicht möglich, ihre numerische Stärke zur Geltung zu bringen, genau solche Fesseln lassen sich die zahlenden Gewerkschaftsmitglieder durch ihre eigenen Zentralvorstände heute anlegen. Nur durch die Zustimmung und wohlwollende Neutralität der Gewerkschaftsführer waren die damaligen kaiserlichen Minister in der Lage, das deutsche Volk in so eine ungeheure Katastrophe zu stürzen. Demokratie ist für diese Gesellschaft nur eine äußerliche Phrase. Ortsbeamte und Bezirksleiter werden von diesen angeblichen Sozialdemokraten nur dann angestellt, wenn einwandfrei feststeht, daß sie richtige Kriegssozialisten und erprobte Kommunistenfresser sind.

Diese vom Zentralvorstand Gefälschten haben dann auf Generalversammlungen Stimmrecht und stimmen gemeinsam mit dem Hauptvorstande die richtige Mehrheit aus den Betrieben nieder. Im richtigen Sinne sind alle angestellten Funktionäre eines Verbandes nur als Arbeitnehmer der zahlenden Mitglieder zu betrachten. Die technische Handhabung des Verbandstages ist schon so, daß diese Gesellen jederzeit in der Lage sind, sich selbst das Vertrauen auszusprechen, um auch bei entscheidenden Wahlen immer eine Mehrheit zu erlangen. Nach Ansichten dieser Leute steht den Mitgliedern in den Verbänden die freie Willensäußerung gar nicht zu, sie wählen sich möglichst auf Lebenszeit, damit basta. Es sei nur an die Zustände in Chemnitz (Bauarbeiter), Halle (Metallarbeiter und Eisenbahner), Berlin (Eisenbahner) usw. erinnert, wo die Rechte der Mitglieder von den Zentralvorständen und Bezirksleitern mit Hohn beantwortet und die Ortsgruppen der genannten Verbände zerschlagen wurden, nur wegen einzelner Personen, die ihre Posten in Gefahr glaubten. Wahlen haben für diese Gesellschaft nur da Gültigkeit, wo sie die absolute Mehrheit haben, im anderen Falle muß die diktatorische Faust und die üblichen Verleumdungen herhalten. Für alle Arbeiter, die ehrlich den Willen der Kollegen achten und die unter diesem Schmarotzertum leiden, muß es ein Ansporn sein, diese Sorte Führer auf dem schnellsten Wege zu beseitigen. Jeder Gewerkschaftskollege muß sich in Versammlungen durch energisches Auftreten diesen Leuten gegenüber Respekt verschaffen, damit diesen elenden Postenklebern das Handwerk gelegt wird. Denn darüber muß sich jeder Kollege klar sein, daß eine wirtschaftliche und politische Besserung der Lage nicht eher eintreten kann, so lange solche Leute führende Stellungen in der Arbeiterbewegung einnehmen. Darum, auf ans Werk, Kollegen! Die Gewerkschaften sind wird, wie zahlenden Mitglieder in den Betrieben und wehe dem, der es wagen sollte, uns dem kapitalistischen Elend entgegenzuführen.

Ein Kollege, der bis jetzt in der VSPD. organisiert war und diese Gemeinheiten nicht mehr mit ansehen kann.

Aus der Provinz

An die Ortsgruppenleitungen der KPD.!

Gewerkschaftskartothek. Die Erledigungsfrist für die Fertigstellung der Kartothek war der 1. Juli. Bis zu diesem Tage sollte sie in den Händen der Bezirksleitung sein. Trotz mehrfacher Mahnung und des Hinweises auf die Wichtigkeit dieser Einrichtung haben eine ganze Reihe von Ortsgruppen ihrer Parteipflicht nicht genügt. In Nr. 214 des „Klassenkampf" vom 15. September haben wir hingewiesen, daß dieser Hinweis der letzte Appell in dieser Form an die Parteigenossen und verantwortlichen Funktionäre ist und daß wir nunmehr zu dem Mittel der **Anprangerung der einzelnen säumigen Ortsgruppen in der Presse** greifen werden. Die Zahl der Säumigen hat sich zwar etwas vermindert, doch ist die Zahl der noch ausstehenden Ortsgruppen eine geradezu beschämende für unseren Parteibezirk.

Ortsgruppen und -leitungen, die auch hierauf nicht reagieren sollten, werden der Bezirksleitung gemeldet werden, die kein Mittel unversucht lassen wird, notwendigen Parteibeschlüssen zu ihrer Durchführung zu verhelfen. Ortsgruppen, die bis zum **10. Oktober** die Kartothek nicht abgeliefert haben, verfallen unter diese weiteren Maßnahmen.

Nachstehende Orte haben die Gewerkschaftskartothek an die Bezirksleitung (Abteilung Gewerkschaften) noch nicht eingesandt:

Saalkreis: Ammendorf, Beesenlaublingen, Brachstedt, Brachwitz, Bruckdorf, Beuchlitz, Diemitz, Dölau, Döllnitz, Friedrichschwerz, Gutenberg, Halle, Hohenthurm, Kleinfugel, Könnern, Kütten, Lettin, Lebendorf, Merkewitz, Morl-Moderau, Mötzlich-Tornau, Nauendorf, Nietleben, Osmünde, Reideburg-Büschdorf, Schkeuditz-Pfützthal, Teicha, Trebitz, Wettin, Zwintschöna, Zscherben.

Kreis Bitterfeld: Bitterfeld, Brehna, Crina, Düben a. d. M., Friedersdorf, Golpa, Gröbern b. Bitterfeld, Gräfenhainichen, Greppin, Holzweißig, Muldenstein, Niemegk, Pouch, Roitzsch, Schwemsal, Schöna, Thalheim, Wolfen, Zschornewitz, Zörbig.

Kreis Delitzsch: Eilenburg (unvollständig), Groß-Crostitz, Landsberg, Queis, Zschortau.

Bezirksleitung der KPD. Halle-Merseburg (Abt. Gewerkschaften).

Offener Brief an Generalleutnant Müller

Herr General! Der Reichswehrminister hat amtlich mitgeteilt, daß er Sie zum Oberbefehlshaber für den Wehrkreis IV, dem Freistaat und die Provinz Sachsen, bestellt habe, daß also die vollziehende Gewalt ausschließlich auf Sie übergegangen sei. Am 28. September las ich in den Zeitungen kurze politische Meldungen über eine Verfügung, in der Sie von Ihrer Ernennung zum Oberbefehlshaber, von der Aufnahme Ihrer Tätigkeit der Bevölkerung Kenntnis gegeben und verschiedene Anordnungen, u. a. auch in bezug auf die Abhaltung von politischen Versammlungen, getroffen hätten. Auch am 29. September lag der Wortlaut Ihrer Bekanntmachung im Regierungsbezirk Merseburg noch nicht vor.

Ich setze voraus, daß Sie über die Grundlagen des Rechts die allgemein gültige Auffassung teilen, **daß gesetzliche Anordnungen von Behörden nur dann für die Bürger Rechtsgültigkeit besitzen, wenn diese Anordnungen vorher auf dem üblichen Wege zur Kenntnis der Oeffentlichkeit gebracht worden sind.** Dadurch, daß Sie diese Voraussetzung nicht genügend gesichert haben, bin ich am 29. September in eine Lage gekommen, wegen der ich Beschwerde zu erheben habe.

Meine Partei hatte für diesen Tag nach Liebenwerda in das „Schützenhaus" eine öffentliche Versammlung berufen. Auf eine Anfrage des Ortsvertrauensmannes meiner Partei vom Tage zuvor, ob die Versammlung angemeldet werden müsse, habe ich erklärt, dies sei nicht nötig, da eine solche Vorschrift vom Inhaber der Vollzugsgewalt bisher amtlich nicht erlassen worden sei. Als ich am Versammlungstage abends zum Lokale kam, erklärte mir der Wirt, er könne seinen Saal für die Versammlung nicht zur Verfügung stellen. Es sei ein Landjäger bei ihm gewesen und hätte erklärt, die Versammlung sei nicht angemeldet und dürfe deshalb nicht stattfinden. Tatsächlich schloß der Wirt den Eingang zum Saal ab, so daß etwa hundert Personen, die zur Versammlung kamen, keinen Einlaß hatten. Als ich wegen dieser offenbaren Gesetzwidrigkeit einer Behörde den Beschwerdeweg beschreiten wollte, traf ich vor dem Lokal zwei Landjäger und den Polizeiwachtmeister von Liebenwerda, die mir ebenfalls erklärten, die Versammlung dürfe nicht stattfinden, da sie weder angemeldet noch genehmigt sei. **Der Bürgermeister habe Auflösung gegeben, die Versammlung zu verhindern, wenn nicht die Genehmigungsbescheinigung vorgezeigt würde.** Ich begabt mich sodann in die Wohnung des Bürgermeisters von Liebenwerda, ohne ihn anzutreffen. Ich begab mich danach zum Landratsamt, ohne den Landrat Vogl anzutreffen. Der Amtsvertreter des Landrats, Rechtsrat Loth, den ich gleichfalls aufsuchte, erklärte mir, er könne meine Beschwerde nicht entgegennehmen, er müsse mir die schriftliche Einreichung anheimstellen. Die Rechtslage sei nach seiner Auffassung so, daß der Generalleutnant Müller eine Bekanntmachung erlassen habe, worin verfügt sei die Anmelde- und Genehmigungspflicht für politische Versammlungen in geschlossenen Räumen. Und zwar hätte er sich persönlich vorbehalten, diese Genehmigung zu erteilen; **der Antrag sei also nach Dresden zu richten.** Mit meinen Einwendungen, daß eine solche Auffassung vollkommen unhaltbar sei, wohl auch den Tatsachen nicht entspreche, daß außerdem das Verlangen nach Vorzeigung einer Genehmigung vor der amtlichen Publikation der Verordnung, die diese Genehmigung zur Pflicht mache, gesetzwidrig wäre, drang ich nicht durch. Wieder im Versammlungslokal angelangt, setzte ich den Beamten erneut diesen Tatbestand auseinander; sie aber erklärten kategorisch, sie hätten vom Bürgermeister den Auftrag, die Versammlung zu verhindern, wenn ihre Abhaltung versucht würde. Auf meine Frage, was geschehen würde, wenn ich trotzdem die Versammlung abhielte, wurde mir erwidert, dann würde ich **sistiert werden. Mir wurde also, trotzdem meine Eigenschaft als Landtagsabgeordneter den Beamten bekannt war, die Verhaftung angedroht für den Fall, daß ich das verfassungsmäßige Recht eines Staatsbürgers ausüben würde zu einer Zeit, wo diese Ausübung durch rechtsgültige Bestimmungen amtlicher Art in keiner Weise beschränkt oder behindert war.**

Ich erhebe hiermit öffentlich Protest gegen diese behördlichen Maßnahmen wider mich, weil sie unter Beziehung auf Sie und Ihren Erlaß ergriffen und zu rechtfertigen versucht wurden. Das Ziel meiner Anwesenheit in Liebenwerda, politische Aufklärung über die Lage unter den Arbeitern, Kleinbauern, Beamten und Angestellten zu schaffen, ist zwar auf anderem Wege vollkommen erreicht worden. Ich kann aber trotzdem nicht unterlassen, wider die gegen mich in Liebenwerda ergriffenen behördlichen Maßnahmen Widerspruch zu erheben. Die Fortsetzung dieser Methode gegen meine Partei würde bedeuten, daß sie nicht nur durch rechtsgiltig erlassene und bekanntgegebene Ausnahmebestimmungen benachteiligt wird, sondern daß es der Willkür von nachgeordneten Organen möglich ist, wie geschehen, in vollkommen ungesetzlicher Weise gegen sie vorzugehen.

Ich glaube, es liegt im beiderseitigen Interesse, wenn der Fall von Liebenwerda Ihnen Veranlassung gibt, erstens zur Nachprüfung des gegen mich angewendeten Verfahrens vom rechtlichen Standpunkt aus und zweitens zur Anweisung an die nachgeordneten Organe, daß sie auf keinen Fall vom Staatsbürger die Erfüllung von Pflichten verlangen dürfen, mit denen sie verantwortlich noch gar nicht bekannt gemacht worden sind.

Ich habe keine Lust, Ihre und Ihrer Auftraggeber Politik zu unterstützen dadurch, daß ich mich in Liebenwerda einsperren ließ, und so auf die Verbreitung von politischer Aufklärung verzichtete. Von den allabendlich bereitstehenden Gummiknüppelfaszisten verprügeln ließ. Ich habe auch keine Lust, den langwierigen Instanzenweg der Beschwerde zu beschreiten, denn mit der Anlegung von neuen Aktenstücken, ist unserer Zeit, wie sie wohl auch meinen, nicht gedient. **Aber das darf ich wohl von Ihnen, Herr General, erwarten, daß Sie das Vorgehen der Liebenwerdaer Behörden gegen mich als ungesetzliche Beschränkung meiner Bürger- und Abgeordnetenrechte öffentlich mißbilligen.**

Kilian, Mitglied des Preußischen Landtages.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231002-15/fragment/page=0003

Die Arbeitsvermittlung in Sachsen-Anhalt

befindet sich zurzeit in der Umgestaltung. Es handelt sich um die Einführung der Neuerungen, die das Reichsarbeitsnachweisgesetz gebracht hat. Das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt hatte daher eine Tagung der Arbeitsämter des Bezirkes nach dem Stadtverordnetensitzungssaal in Halle einberufen, die sehr gut besucht war. Direktor Dr. Lüttgens-Magdeburg gab zunächst einen allgemeinen Situationsbericht. Der Provinziallandtag hat eine Satzung für das Landesarbeitsamt beschlossen, die den Landeshauptmann zu seinem Vorsitzenden beruft. Der Verwaltungsrat des Amtes, der aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Gemeindevertretern besteht, ist in der Bildung begriffen. Die Tätigkeitsgebiete der einzelnen örtlichen Arbeitsnachweise sind immer noch nicht endgültig abgegrenzt. Die Gemeinden bekommen jetzt Reichszuschüsse zu ihren Arbeitsnachweisen, besonders zur Fachvermittelung. Das Landesarbeitsamt ist jetzt Aufsichts- und Beschwerdeinstanz für die Arbeitsnachweise geworden. Die Zukunft läßt noch größere Arbeitslosigkeit befürchten. Es wird für die Beschäftigungslosen Arbeit beschafft werden müssen. Zweifelhaft aber ist es, ob der Gedanke der produktiven Erwerbslosenfürsorge, wie er in Deutschland bislang durchgeführt wurde, richtig ist. Das Ausland hat die Privatindustrie, namentlich die Herstellung von Ausstoffen, unterstützt. Man kann auch hochwertige Facharbeiter nicht mit minderwertigen Notstandsarbeiten beschäftigen.

Die Tagung beschäftigte sich sodann mit Einzelfragen aus der Durchführung des Arbeitsnachweisgesetzes. Die Kosten eines Arbeitsnachweises werden jetzt von diesen auf alle beteiligten Errichtungsgemeinden „umgelegt". Es wurde erörtert, wie Vorschüsse verrechnet werden. Zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter, landwirtschaftlicher und gewerblicher, ist alljährliche Genehmigung des Landesarbeitsamtes erforderlich. Die Anträge sind beim örtlichen Arbeitsamt einzureichen. Für das kommende Jahr tritt eine starke Beschränkung der Genehmigung ein. Im letzten Jahr sind in der Provinz Sachsen und in Anhalt 33 000 Beschäftigungsausweise beantragt worden, beschäftigt wurden in Wirklichkeit 20 000. Es ist festgestellt worden, daß viele Ausländer ohne die erforderliche Genehmigung beschäftigt werden. Die Polizei müsse hier mehr auspassen. — Nach langen Verhandlungen ist jetzt die Bergbaufachvermittelung geregelt worden. Die Arbeitsnachweise in Halle, Bitterfeld, Zeitz und Eisleben sind zu Zentralstellen dieser bestimmt worden. Kann örtlicherseits ein Arbeitsfuchender nicht untergebracht werden, so ist dieser Zentralstelle Kenntnis zu geben. Es soll verhindert werden, daß täglich hunderte Arbeitslose aus entlegenen Gegenden, z. B. aus dem Vogtland, nach den Kohlengruben kommen, um vergeblich Arbeit zu suchen.

Nach dem Arbeitsnachweisgesetz haben die Arbeitsnachweise auch die Angestelltenvermittelung mit zu besorgen. Es befinden sich Richtlinien hierüber in der Ausarbeitung, die besonders die Zusammenarbeit der Vermittelungsstellen regeln. Die Arbeitsnachweise haben die Aufsicht über die gewerbsmäßigen Stellenvermittelungen zu führen, die mit dem Jahre 1930 überhaupt zu schließen sind, zurzeit bestehen in der Provinz Sachsen und in Anhalt noch 118 gewerbsmäßige Stellenvermittler, die im letzten Jahr 7500 Vermittelungen tätigten.

Zum Schluß erörterte man noch ein Verbot der Doppelbeschäftigung, namentlich in Berufen mit starker Arbeitslosigkeit, für das man sich aussprach. Es sollen davon betroffen werden verheiratete Frauen, Kinder unterhaltungsfähiger Eltern, Nebenberufler usw.

Querfurt. Der Herr „Devisenkommissar". In einem Dorfe unseres Kreises hielt, wie dem „Querf. Tagebl." berichtet wird, der Herr Devisenkommissar Nazzia. In tadelloser Form stellte er sich als beauftragter Kriminalbeamter aus Naumburg bei dem Landwirt X. vor und forderte ihn unter Hinweis auf die Devisenverordnung des Reichspräsidenten zur Herausgabe seiner Devisen auf. Als der erschrockene X. angab, keine Devisen zu besitzen, schlug der Mann der Ordnung und des Gesetzes einen schärferen Ton an und machte so beiläufig auf den Zuchthauspara-graphen in der Verordnung aufmerksam. Diese Anspielung genügte, um den so schmählich Ueberfallenen zur schleunigen Herausgabe seines wertbeständigen Geldes zu bewegen. Es war nicht viel, aber man gibt auch wenig der klingenden Münzen nur schweren Herzens heraus, wie man die letzte Hoffnung an eine Besserung unserer Verhältnisse tief im Herzen verschließt. Aber wer beschreibt die Wut und Bestürzung des Devisenbesitzers, als er erfuhr, daß er einem Schwindler zum Opfer gefallen ist. Man sagt, er habe über seine eigene Dummheit geweint. Der Vorfall mag als Warnung dienen.

Golma b. Landsberg. Konsumverein. Am Sonnabend, dem 29. September, fand eine außerordentliche Generalversammlung statt. Es wurde einstimmig beschlossen, den Geschäftsanteil von 10 auf 100 Millionen Mark zu erhöhen. Wöchentlich sollen 10 Millionen Mark eingezahlt werden. Das Eintrittsgeld wurde auf 3 Millionen Mark festgesetzt. Die Ausgabe von Rabattmarken wird eingestellt. Mitglieder, die in Notlage sind, können auf Antrag eine Ermäßigung der wöchentlichen Einzahlungen erhalten.

Zörbig. Arbeiter heraus! Heute, Dienstag, abends 8 Uhr, findet im „Schloßgarten", eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Grade, Halle, über: „Deutschlands Zukunft und Stellung der Arbeiterschaft" sprechen wird. Arbeiter, Angestellte und Beamte, wollt Ihr Euch über die jetzige Situation Aufklärung verschaffen, so erscheint vollzählig in dieser Versammlung.

Greppin. Produktionssabotage der Unternehmer. Die schon jahrelang in der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation in Wolfen die Bauarbeiten ausführende Baufirma Held & Frank kann auf einmal ihre Arbeiter nicht mehr voll beschäftigen, da angeblich die Direktion der Anilinfabrik keine neuen Arbeiten unter vier Wochen herausgeben will. 3 Tage wird von jetzt ab gearbeitet, so diktiert der neue Bauführer Pescht. Schon vor 14 Tagen kam dasselbe Diktat, aber damals wurde es unter dem Druck der Belegschaften sämtlicher Baustellen, welche stürmisch eine Belegschaftsversammlung forderten, zurückgezogen. Wie die Arbeiter, welche teilweise bis zu 14 Stunden unterwegs sind, und noch das jetzt wieder erhöhte Fahrgeld aufbringen müssen, mit drei Tage kargen Lohn, welcher den Lebensbedingungen nicht im entferntesten angepaßt ist, ihr Leben fristen und noch erhöhte Arbeitsfreudigkeit aufbringen sollen, ist wohl dem Herrn Bauführer Pescht selbst nicht klar. Oder ist es so eingestellt, daß er für sich auch nicht mehr beanspruht und versucht mit drei Tage Verdienst bei seinem weit höheren Lohn auch auszukommen? Das wäre edel, aber . . .? Hat der Betriebsrat und Betriebsausschuß wirklich alles getan, um das zu verhüten, oder ist er zu ansländig gewesen? Jetzt muß das aufhören, es muß Fraktur geredet werden, die gesamte Belegschaft steht hinter dem Betriebsrat. Der schnodderige Offizierston des Herrn Bauführer muß aufhören, die Angestellten und Arbeiter dürfen nicht früh merken, wenn der Herr Bauführer schlecht gelaunt ist, es sind keine Rekruten. Bei dieser Firma wurde jetzt der schwerverdiente Lohn den Arbeitern teelöffelweise verabreicht, einmal weil die Bank angeblich kein Geld hatte, ein andermal, weil kein Geld da war, ein drittes Mal waren bloß größere Scheine vorhanden. Ausreden gibt es eben immer. Arbeiter, aufgepaßt, was hier gespielt wird, wir müssen uns vielleicht noch öfter mit dieser Firma und den Herrn Bauführer beschäftigen.

Verantwortlich: Ferdinand Menzel für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Krob, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Sammelt für den Kampffonds der Partei!

Wer den „Klassenkampf" in dieser Woche regelmäßig erhalten will, zahle sofort die fälligen 25 Mill. Mk.

K.P.D.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 187081. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle

Alle Distriktsführer treffen sich Mittwoch abend 7½ Uhr in der „Produktiv-Genossenschaft".

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27 (Volkspark), geöffnet Dienstags und Donnerstags, abends 6 bis 8 Uhr. Bücherverzeichnisse jederzeit zu haben: Volksbuchhandlung, Harz 42/44.

Bezirks-Zentral-Buchhandlung

Telephon 2251. **Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.** Telephon 2251.

Filialen: Halle a. d. S., Harz 42/44, Tel. 2251. Merseburg, Markt 7. Eisleben, Breiter Weg 8. Zeitz, Liebknechtstr. 4. Weißenfels, Dammstr. 18. Wittenberg, Juristenstraße 11. Bitterfeld, Burgstr. 41. Bockwitz, Volksbaus.

Postscheckkonto: Leipzig 106848 (Fritz Krob, Halle).

Magdeburg: Buchladen Tribüne, Magdeburg, Jakobstr. 4.

Schlüsselzahlen: Viva 10 000 000; B.-B. 50 000 000.

Partei-Literatur. Neu erschienen:

Arbeiter-Wandkalender 1924	3,00 M.
Die Kommunistische Partei — die eiserne Kohorte der Revolution	—,20 M.
Parteitags-Protokoll Leipzig 1923 . . . . . bd. 3,50, gbd.	4,50 M.
Protokoll des IV. Weltkongresses 1923	4,50 M.
Schlageter: Eine Auseinandersetzung	—,25 M.
Elementarbücher des Kommunismus:	
Marx, Engels: Kommunistisches Manifest	—,90 M.
Marx: Lohn, Preis und Profit	—,90 M.
Lassalle: Verfassungswesen	—,— M.
Geiling: Marxismus und Sozialisierungstheorie . . . br. 2.— geb.	3,— M.
Sowjetstern oder Hakenkreuz?	—,30 M.
§ 218. Unter der Peitsche des Abtreibungsparagraphen	—,30 M.
Resnikoff: Die Lage des russischen Arbeiters	—,30 M.
Radek: Kampf der KPD. gegen Versailles	—,60 M.
Lapinski: Die Belegung des Ruhrgebiets u. der Zerfall Europas	—,60 M.
Losowski: Die nächsten Aufgaben der Roten Gewerkschaftsinternationale	—,30 M.
Tomski: Der gegenwärtige Stand der Gewerkschaftsbewegung in Rußland	—,20 M.
Artschanoff: Kampf und Sieg der russischen See- und Binnenschiffer	1,20 M.
Rote Gewerkschafts-Internationale 1923, Nr. 5/6	3,— M.
Kommunistische Internationale, Nr. 27	2,— M.

Zeitschriften:

Das Hakenkreuz Nr. 2	1 000 000,00
Sichel und Hammer Nr. 11	2 000 000,00
Kommunistischer Gewerkschafter Nr. 19	800 000,00
Kommunistin Nr. 19	1 000 000,00
Internationale Nr. 17	3 000 000,00
Junge Garde Nr. 2	120 000,00
Parteiarbeiter Nr. 11	600 000,00

Andere Literatur:

Gillbeaug, Lenin	billige Ausgabe 2,60 M.
" "	kartoniert, bessere Ausgabe 3,60 M.
" "	gebunden, bessere Ausgabe 5,— M.
Kropotkin: Ethik	2,50 M.
Hilferding: Finanzkapital	15,00 M.

„Kampflieder" zurzeit vergriffen.

Die Rechnungen müssen zur gegebenen Frist bezahlt sein, weil sonst unsere Parteibuchhandlung schwer geschädigt wird. Sie muß sonst die Rechnungen auf Grund der Schlußzeilen erzählen.

Bekanntmachung.

Für den in der Zeit vom 2. Oktober 1923 bis auf weiteres durch Ablesung ermittelten Monatsverbrauch gelten folgende Preise:

Gas.

Leucht-, Koch- und Heizgas, das Kubikmeter	11 000 000 M.
Gewerbegas, das Kubikmeter	8 800 000 M.

Strom.

I. Abnehmer bis einschl. 50 Kilowatt Anschlußwert.

Licht, die Kilowattstunde	15 000 000 M.
Kraft, die Kilowattstunde	11 500 000 M.

Bei Pauschal- und Treppenbeleuchtungsanlagen kommen wie bisher 4 bezw. 2 Kilowattstunden zur Berechnung.

II. Abnehmer über 50 Kilowatt Anschlußwert.

Die Kilowattstunde	7 500 000 M.

Auf die über 1000 Kilowatt je Monat hinaus verbrauchten Kilowattstunden werden 50 % Rabatt gewährt.

Für September beträgt die Grundtaxe für je ein Kilowatt Höchstbelastung:

Abnehmer mit überwiegend Lichtverbrauch	150 000 000 M.
Abnehmer mit überwiegend Kraftverbrauch	75 000 000 M.

Wasser.

Das Kubikmeter	5 200 000 M.

Halle a. d. S., den 1. Oktober 1923.

Der Magistrat.

4062

Spendet für die „Rote Hilfe"

Vereine

benötigen

Drucksachen!

Bestellt bei, bei der **Prod.-Genossenschaft Halle, Lerchenfeldstr. 14.**

Fordert Offert. ein.

Kom. Kindergruppe. Heim: Rathausstr. 16. Dienstag, 5 Uhr, i. „Volksp.": Handarbeitsstunde für Jungen und Mädchen. Material, wie Wolle, Holz, Landsläufen, Papier usw., sind mitzubringen. Gruppe Nord. Mittwoch, 4 U., im „Volksparl": Versammlung. Gruppe Zentrum. Mittwoch, 4 Uhr, im Jugendheim: Versammlung. Gruppe Süd. Mittwoch, nachmitt 4 Uhr, i. d. Pr.-Genossensch.: Versammlung. Mandolinen-Uebungsstunde. Donnerstag, 4 Uhr, im Jugendheim. Leiterstimmung. Donnerstag, 6 Uhr, i. d. „Pr.-Genossensch."

Kom. Jugend, Halle. Rathausstraße 16. Heim geöffnet von 6—8 Uhr. Heute, abends 7 U., i. Heim: **Zeichnerschafts-Führer** Material abholen. — 7 Uhr: Turnen i. d. Taubenschule. Mittwoch, pünktlich 7 Uhr: Zentrale Vorstandssitzung. — pünktlich 8 Uhr: Funktionärsitzung. Erscheinen all. Genossen ist Pflicht. Donnerstag, Gruppen-Abende. Gruppe Süd: Taubenschule. Gruppe Zentrum: Am Leuchtturm. Gruppe Nord: Brunnenschule. Gäste können durch die Leiter eingeführt werden.

Proletarischer Kunstverein „Halle". Lokal: „Lüber. Berg". Dienstag, nachm. v. 5-7 Uhr, im „Lüderitz Berg": Kindergruppe. — ab. 8 Uhr: Diskussions- u. Uebungsabend d. gesamten Vereinigung. Donnerstag, 8 Uhr: Uebungsstunde der Musikabteilung.

Liebknecht Reden u. Aufsätze. Grundpreis 4 Mk., mit Schlüsselzahl der Viva. **Bezirks-Zentral-Buchhandlung,** Lerchenfeldstr. 14.

Stadt-Theater Mittwoch, [4064 abends 7½ Uhr: **Der Freischütz.** Donnerstag, abends 7½ Uhr: **Alles um Liebe.**

Gold-, Silber-, Platinbruch, alte Zahngebisse Uhren, Ketten, Ringe kauft laufend **Metall-Kontor Alice Abramowitz, Schmeerstr. 14, I.** (Kein Laden.) 276

Ich habe meine Preise für **Kanarien** bedeutend erhöht. **Fritz Tischler Breitestr. 20.**

Achtung Händler und Sammler! Wir sind ständige Kasse-Käufer für sämtliche Wildwaren: **Kanin, Hasen, Ziegen, Katzen, Zickelfelle, Schafwolle.** Zahlen die höchsten Tagespreise. **Rohstoff-Verwertungs-Gesellsch. m. b. H. Halle a. d. S., Domplatz 9.** Fernruf 1577. 4065

Nur eine Anzeige im gelesensten Organ der werktätigen Bevölkerung **und Sie sind unser ständiger Inserent!**

Wittenberg.

Lichtspiel-Theater Das bevrt. Programm! Dienstag b. Donnerst.: **Der Liebestrank** Eine lustige Dorfgeschichte in 2 Akten. **Firnenrausch** Spann. Alpenschauspiel in 6 Akten nach dem Roman v. Paul Grabein m. Margarete Schön, v. Blondel, Rolf Lindau, Falkenberg 890

Palast-Theater Ab Dienstag, den 2. b. 4. Oktober: **Der Untergang des Ozeanriesen „Olympic."** 5 Akte, betitelt: **„Die Tochter der Wellen." Die kleine Freundin oder: Die Jagd nach der Braut.** — Groteske in 2 Akten. — 891 Um gütigen Zuspruch bittet **Die Direktion.**

Kammer-Lichtspiele Gr. Friedrichstraße 93. Dienstag — Donnerstag: **Die Schmuggler von San Diego.** 6 Akte mit Harry Hilt. Als Beiprogramm: Eine lustige Komödie. Freitag — Montag: **Singspiel Mabel und ihre Freier.** 5 Akte, Verstärktes Orchester. Als Beiprogramm: **Ein Lustspiel.** Beginn d. Vorstellung: 3/4 7 und 1/9 Uhr. 893 **Die Direktion.**

Geschäftsstelle und Redaktion Klassenkampf für **Wittenberg-Schweinitz** und **Torgau-Liebenwerda. Wittenberg, Juristenstraße 11** Telephon 329.

Lichtspiele Piesteritz. Dienstag — Donnerstag der prächtige nordische Groß-Film: **Berg-Eyvind und sein Weib. Das Schicksal zweier Menschen** 7 Akte nach dem gleichnamigen Schauspiel. Außerdem: **Leos Eheroman.** Schwank in 3 Akten mit Leo Peukert in der Hauptrolle 892

Reiswerte Gastocher, Gasherde, Gas-Back- und -Bratöfen, Platten und Beleuchtungskörper erstklassiger Fabrikate, neuester Konstruktionen, Glühlampen, Sicherungen, Elektromotoren u. alle sonstigen Stromverbrauchskörper in reichster Auswahl. Uebernahme und Ausführung von Installationen für Gas und Strom Licht- und Kraftanlagen. 889 **Licht- u. Kraftwerke Wittenberg, G. m. b. H. Ausstellungs- u. Verkaufsräume Hallesche Str. 30.** Die Besichtigung wird dringend empfohlen, kein Kaufzwang, fachmännische Beratung ohne Kosten.

Dixin Henkel's Seifenpulver Ein Seifenpulver wie es sein soll preiswert und gut!

Volkspark-Varieté Vom 1. bis 15 Oktober, täglich 7/8 8 Uhr: 4061 **Das größte und reichhaltigste Varieté-Programm** von ganz Halle. Dienstag und Mittwoch: **Varieté und Tanz.**

Arbeitsmarkt

Zeitungsträgerin für **Rödlitz** sofort **gesucht.** Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich beim Genossen **Fr. Lasch** melden.

Zeitungsträgerin für **Brachwitz** gesucht. Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich beim Genossen **Paul Matties,** Lagerhalter, melden.

Zeitungsträger für **Golma-Siedersdorf** sofort **gesucht.** Gewissenhafte Bewerber wollen sich melden beim Genossen **Albert Vetter, Landsberg,** Topfmarkt.

Eisleben.

Die **Volksbuchhandlung Eisleben** in befindet sich ab 1. Oktober d. J. **Petristraße 1a, part.** Wir bitten unsere geschätzten Kunden, auch weiterhin ihren Bedarf an **politisch aktuellen Schriften, Büchern, schöngeist. Literatur, Schreibwaren aller Art** in unserem Geschäfte zu decken. Im Hause, Petristraße 1 a, werden auch nach wie vor Bestellungen auf die größte politische Tageszeitung, den „Klassenkampf", entgegengenommen. Unsere verehrlichen Inserenten bitten wir, die Inserate in der neuen Geschäftsstelle aufzugeben. **Produktiv-Genossenschaft f. d. Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH.**

Lichtspiele Eisleben Der einzigartige Spielplan! 5701 **Nemesis-Erpresser-Schiebel** Ein bis zum Schluß spannendes sensationelles Abenteuer in 6 Akten. **Harold Lloyd in: Er im Dämenbad** Pikanter Humor. Auf vielseit. Wunsch: **Die Lochenbd. Mädchen** Die Tragödie einer Ehe in 6 Akten **Ansichtspostkarten** empfiehlt **Volksbuchhandlung.**

Zeitungsträgerin für **Unterröblingen a. See** sofort **gesucht.** Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich beim Gen. **Gustav Groschopp** melden.

Die hebeidigende Aeußerung, welche ich gegen den Lagerhalter Herrn **Seidel** getan, nehme ich als unwahr reumütig zurück. 700

Frau Elise Zimmermann, Leimbach.

Die jährliche Hundesteuer beträgt vom 1. Oktober d. J. an für den ersten Hund 10 Goldmark, für den zweiten Hund 25 Goldmark, für den dritten Hund 50 Goldmark. Die ermäßigte Steuer beträgt 3 Goldmark.

Die Umrechnung in Papiermark erfolgt nach dem Stande am Tage vor der Zahlung. Wir ersuchen um Zahlung der Steuer für die Monate Oktober, November und Dezember d. J. innerhalb 14 Tagen an die Stadtsteuerkasse.

Bei verspäteter Zahlung werden die Verzugszuschläge berechnet.

Hunde, die ohne Steuermarke herumlaufen, werden von unseren Beauftragten eingefangen. Die entstehenden Unkosten fallen dem Besitzer zur Last.

Eisleben, den 28. September 1923.

704 **Der Magistrat.**

Bekanntmachungen.

Bei der am 1. Oktober 1923 beginnenden Ablesung der Wassermesser wird 1 cbm Wasser mit 3 Millionen Mark berechnet. Die Mindestgebühr beträgt für jeden Haushalt und Monat 3 Millionen Mark. Eine Aenderung des Wasserpreises von Woche zu Woche bleibt vorbehalten. Vom gleichen Zeitpunkte an ist der Mietbetrag für Wassermesser zu einer Leitung von 13 mm Rohrdurchmesser auf 6 Millionen Mark, 20 mm Rohrdurchmesser auf 8 Millionen Mark, 25 mm Rohrdurchmesser auf 10 Millionen Mark, 50 mm Rohrdurchmesser auf 30 Millionen Mark jährlich festgesetzt.

Eisleben, den 29. September 1923.

703 **Der Magistrat.**

Wir weisen darauf hin, daß die für das Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1923 festgesetzten Kleingartenpachtpreise spätestens am 8. Januar 1924 zu zahlen und, andernfalls der Verpächter etwaigen Geldentwertungsschaden gegenüber den säumigen Pächtern geltend machen kann.

Eisleben, den 28. September 1923.

702 **Der Magistrat.** (Kleingartenamt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231002-15/fragment/page=0004

Nr. 230. — 3. Jahrg. Beilage

Klassenkampf

Halle, 2. Oktober 1923

Halle und Saalkreis

Halle den 2. Oktober 1923.

Vom Ende der Straßenbahn

Daß der größte Teil der Gewerkschaftsbureaukraten nicht über den Horizont ihrer engen beruflichen Fragen hinauskommt und dadurch zu nutzloser Arbeit verdammt ist, bewies uns wieder eine Versammlung der städtischen Arbeitnehmer, die, vom Deutschen Verkehrsbund und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einberufen, sich gestern nachmittag im „Volkspark" mit dem Thema: **„Die Sabotage der Halleschen Verkehrsverhältnisse"** beschäftigte. Der Referent vergaß (?) vollkommen den Bankrott der Straßenbahn hineinzustellen in den allgemeinen Bankrott der deutschen Wirtschaft. Folgedessen gingen seine Heilvorschläge auch nicht über die Vorschläge bürgerlicher Wirtschaftsdoktoren hinaus. Gewiß ist sehr viel faul in den Verwaltungen der Kommunalbetriebe, gewiß wird — was kaum angedeutet wurde — Sabotage geübt von leitenden Instanzen dieser Betriebe, aber mit staatlichen Zuschüssen (die Hilferding nicht geben wird und kann) und mit dem guten Einvernehmen zwischen Verwaltung und Arbeiterschaft ist der Bankrott nicht aufzuhalten. Auch die Straßenbahner müssen erkennen, daß nur durch die Beseitigung der kapitalistischen Ordnung dem Verfall der Wirtschaft Einhalt zu gebieten und aus dem Abbau ein Ausbau zunächst besonders der städtischen Betriebe erfolgen kann.

Der Referent, Kollege Schaumburg, knüpfte an die vor einiger Zeit stattgefundene Versammlung über die Frage der Kommunalisierung an und schilderte dann die Zustände im hallischen Straßenbahnwesen. Die bürgerlichen Zeitungen treiben eine große Hetze gegen die „hohen" Löhne der Straßenbahner und stellen unwahre Behauptungen auf, die ihnen nur von sehr gut orientierten Stellen zu einem durchsichtigen Zwecke eingeflüstert werden können. Die Straßenbahner sind nicht am Bankrott der Straßenbahn schuld. Das ewige Aendern an der Bahnlinienführung macht nicht nur das Personal irre, es entfremdet vor allem das Publikum. Der Referent ging dann näher auf die Lohn- und Arbeitszeitbedingungen ein und stellte auf Grund seiner Berechnungen fest, daß die Ursachen des Straßenbahnbankrottes besonders in dem großen bureaukratischen Apparat liegen. Durch Kurzarbeit und Arbeiterentlassung vermehrt der Magistrat die von ihm zu unterstützenden Arbeitslosen. Die Hinweise auf den notwendigen Abbau des Verwaltungsapparates bedeuten nicht die Entlassungen von Beamten. Diese können vom Magistrat in anderen Betrieben untergebracht werden. Die Berechnung der Freikarten, sowie Zuschüsse vom Reichsarbeitsminister sind die Pflästerchen, die der Referent als Heilmittel für einen Teil der bankrotten deutschen Wirtschaft verlangt. Typisch für diese oberflächliche Betrachtung der Dinge waren die Schlußworte vom Referat des Genossen Schaumburg, daß, „bei einigermaßen gutem Willen (!) die Verkehrsfrage gelöst werden könne".

In der Diskussion versuchte zunächst Direktor Bussebaum die Ausführungen des Referenten zu berichtigen. Die späte Tariferhöhung sei von ihm immer bekämpft worden, auch helfe ihm die Arbeiterschaft nicht in seinem Kampfe gegen die höheren Gehalten. (!) Der Staat habe die von Berlin geforderten Zuschüsse abgelehnt und werde auch so mit dem hallischen Antrag verfahren.

Genosse Hertel schilderte die Mißstände in der bureaukratischen Verwaltung, und ging dann auf die überall vorhandene **Tendenz der Entkommunalisierung** in den durch die Kommunen ausgebauten und vor Jahren vom Privatkapital im verwahrlosten Zustand übernommenen Betrieben näher ein. Durch den diesen Zuständen ist die herrschende privatkapitalistische Wirtschaftsordnung. Die städtischen Betriebe sollten in einem kaufmännischen Kopf vereinigt werden. **Die privatkapitalistische Wirtschaft muß beseitigt und an ihre Stelle von den Praktikern der Arbeitnehmerschaft, die Bedarfsbedungswirtschaft gesetzt werden.** Nur wenn in diesem Sinne der Kampf geführt wird, ist eine bleibende Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse auch im Straßenbahnwesen möglich.

Herr Stadtrat Dölt ging auf einige Ausführungen Hertels und Schaumburgs ein, und besprach dann eine Bemerkung des Versammlungsleiters über die Verschacherung des Elektrizitätswerkes durch eine GmbH. an das Privatkapital. Er versicherte, daß die Aktien Eigentum der Stadt bleiben würden (?) und nur die Verwaltungsform des Elektrizitätswerkes geändert werden solle.

Im Schlußwort kam der Referent nicht über den Rahmen der technischen Fragen der Straßenbahn hinaus und verlangte — zum wievielten Male — gemeinsames Arbeiten des Magistrats mit der Arbeiterschaft.

Gerichtssprechung in der Republik mit Schiebern

Der Redakteur Otto Müller hatte sich am Dienstag vor dem Schöffengericht in Halle zu verantworten. Die Hüter des Staates hatten herausgefunden, daß das Wörtchen „Schieberrepublik" im Spitzenartikel: „Die Not wächst ins Riesengroße" im „Klassenkampf" Nr. 262 vom 8. November 1922 eine Beschimpfung des Staates bedeute und nach § 8 Ziffer 1 des Gesetzes zum Schutze der Republik zu bestrafen sei. Demgemäß beantragte der Vertreter der Amtsanwaltschaft **einen Monat Gefängnis oder zwei Milliarden Mark Geldstrafe.** Der Verteidiger, Justizrat Fraenkl, wies darauf hin, daß die Bezeichnung „Schieberrepublik" keine Beschimpfung des Staates, sondern eine Feststellung von Tatsachen sei. Wohl jeder Mensch sündigt heute mit diesen und ähnlichen Worten und man müsse daher zur Freisprechung des Angeklagten kommen.

Doch ein solches Wort aus der Feder eines Kommunisten hat umstürzlerische Bedeutung und muß gesühnt werden! Der Vorsitzende verkündet schließlich das Urteil: **Eine Woche Gefängnis oder 200 Millionen Mark Geldstrafe.** Begründung: Gewiß sei manches an der Verteidigung richtig. Die deutsche Republik sei eine Republik mit Schiebern, aber doch sei das Wort Schieberrepublik eine Beschimpfung.

Also: sind Schieber in der Republik! Doch ist die Republik gerettet, wenn man beide Worte nicht miteinander verbindet. Rein und unschuldig muß das Wort „Republik" gebraucht werden. Wenn nun aber schon gestattet ist, von einer Republik mit Schiebern zu sprechen, erlauben dann die republikanischen Gesetzesparagraphen die Untersuchung und Feststellung, welche Rolle die Schieber in der Republik spielen, ob's eine Republik mit Schiebern als unwesentliche Erscheinung oder eine Republik mit Schiebern als typisches Merkmal ist?

Wegen einer Goldspange

Dienstag morgen stand unsere Jugendgenossin Emmy Lehmann mit ihrem Bruder Kurt vor dem hallischen Schöffengericht. Sie waren angeklagt, am 26. April 1923, nachts gegen 11 Uhr, Plakate mit „aufrührerischem" Inhalt angeklebt zu haben. Die Belastungszeugen, ein Sipomann Theiß und L. Grünebaum, hatten bei der polizeilichen Vernehmung angegeben, sie hätten die Angeklagten beim Plakatankleben in der Flottwellstraße angetroffen. Vor dem Schöffengericht gaben sie an, die Angeklagten nur unter einer „Bande oder Gesellschaft" von ungefähr 18 Mann gesehen zu haben. Doch das Gedächtnis des Zeugen Theiß war nicht immer schwach. So wollte er die Genossin E. Lehmann noch aus dem „Hölzputsch von 1921" kennen! Das Beweisobjekt war eine Goldspange, die Emmy Lehmann nie gesehen und nie besessen hat. Der Antrag der Angeklagten, die Verhandlung zu vertagen und weitere Entlastungszeugen zu vernehmen, wurde mit einer Handbewegung erledigt. Der Amtsanwalt beantragte für E. Lehmann **eine Milliarde Mark Geldstrafe, fünf Tage Haft und für K. Lehmann 700 Millionen Mark Geldstrafe, fünf Tage Haft.** Doch die Beweise der Zeugen schienen selbst dem Gericht sehr mangelhaft zu sein. Es sprach den Bruder frei und bestrafte E. Lehmann mit 30 Millionen Mark Geldstrafe, weil sie Mitläuferin in dieser „Bande" gewesen wäre. Die Verurteilte gab dem Gericht jedoch zu erkennen, daß sie sich unschuldig nicht verurteilen läßt. Der zweite Akt dieser Komödie muß einen glatten Freispruch bringen.

Zeichen genossenschaftlicher Treue

Die katastrophale Entwertung unserer deutschen Mark hat nicht nur die meisten Kleinhandelsunternehmen, sondern auch die Konsumvereine in harte Bedrängnis gebracht. Der chronische Geldmangel und die dadurch bedingte Aufnahme von Krediten zu einem ungeheuren Zinsfuß machen es der Genossenschaft unmöglich, die für die Mitglieder erforderlichen Waren in genügender Menge zu beschaffen sowie ihre preisregulierende Tätigkeit in der bisherigen Weise auszuüben. Ein erheblicher Teil der Genossenschaftsmitglieder ist von der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen und infolgedessen gegenwärtig nicht in der Lage, die Vorauszahlungen auf den demnächst von der Vertreterversammlung festzusetzenden erhöhten Geschäftsanteil zu leisten. Das gleiche trifft zu auf Sozialrentner und erwerbslose Witwen, die Mitglieder der Genossenschaft sind. Um die Lasten der Genossenschaft etwas zu mildern, beschloß die am Sonnabend, dem 29. September, einberufene Personalversammlung, eine vom Betriebsrat vorgeschlagene Maßnahmen gutzuheißen, die vorsieht, daß an Stelle der sonst eintretenden Kurzarbeit bzw. Entlassungen auf einen Teil des Lohnes Verzicht geleistet wird. Der prozentuale Abzug erfolgt staffelweise, je nach dem Einkommen der Beschäftigten, und bewegt sich in der Höhe von 10 bis 30 Prozent. Der Beschluß wurde einmütig gefaßt und beweist, daß das Personal die genossenschaftliche Treue richtig auszuwenden weiß. Für unsere Mitglieder aber sollte dies ein Ansporn sein, nunmehr nach besten Kräften den Maßnahmen der Verwaltung Rechnung zu tragen und die wöchentlichen Teilzahlungen regelmäßig abzuführen. Nur durch sofortige Bereitstellung der so nötigen Geldmittel ist es möglich, der Genossenschaft über die wirtschaftliche Krise hinwegzuhelfen.

Betriebszellen des „Stahlhelm"

Unter dieser Spitzmarke berichteten wir vor einiger Zeit über das Bestehen einer Arbeitsvermittlungsstelle des „Stahlhelm", Gau Halle.

Wie durch das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt jetzt mitgeteilt wird, ist diese Arbeitsvermittlungsstelle, die seinerzeit ohne Genehmigung des Verwaltungsausschusses des Landesarbeitsamtes errichtet wurde, aufgelöst worden. Es ist Pflicht aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten, ihr Augenmerk darauf zu richten, daß nicht trotz der Auflösung der „Stahlhelm" seine ungesetzliche Arbeitsvermittlung wieder einrichtet.

Wie weiter mitgeteilt wird, hat der „Stahlhelm" an den Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes ein Gesuch um Genehmigung zur Unterhaltung einer Arbeitsvermittlungsstelle gerichtet. Wir sind neugierig, ob dieser Antrag, dem keine gesetzlichen Unterlagen zur Seite stehen, abgelehnt wird.

Aus der Kindergruppenbewegung

Die Kindergruppe veranstaltet im Winterhalbjahr Arbeitsstunden. In diesen Stunden sollen Spielsachen und Gebrauchsgegenstände angefertigt werden. Wir benötigen dazu noch Bretter, Leisten und Rundholz, Laubsägebügel und anderes Werkzeug, Draht und Nägel, weißes und farbiges Papier, Farben und Pinsel, Garn, Stoffreste und bunte Wolle. Die angefertigten Gegenstände sollen vor Weihnachten ausgestellt und verkauft werden. Der Erlös kommt der Arbeiterbewegung zugute. Genossen, die Gegenstände genannter Art besitzen, werden gebeten, diese Dienstag von 5 bis 7 Uhr in der Kolonnade im „Volkspark", oder von 9 bis 3 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft, Zimmer 28, abzugeben.

Unterstützungssätze für Erwerbslose

Vom 26. September bis 2. Oktober gelten folgende Unterstützungssätze für Erwerbslose:

	täglich:
1. für männliche Personen:	
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	42 000 000 Mk.
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben	33 500 000 „
c) unter 21 Jahren	25 000 000 „
2. für weibliche Personen:	
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	33 500 000 „
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben	28 000 000 „
c) unter 21 Jahren	19 500 000 „
3. für Familienzuschläge:	
a) den Ehegatten	15 500 000 „
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	15 500 000 „

Zum Angestelltentarif

Der AfA-Bund teilt uns mit:

Der Schlichtungsausschuß nahm heute zum Abbauversuch der Angestelltengehälter Stellung. Es wurde folgende Auslegung des Schiedsspruches vom 10. September getroffen:

In der letzten Septemberwoche ist ebenfalls ein 65prozentiger Vorschuß zu zahlen, der in der nächsten Wochenzahlung abzuziehen ist.

Den Angestellten ist infolgedessen heute für September das 161,74fache Augustgehalt weniger der im September bereits erhaltenen Abschlagszahlungen zu zahlen. Mit dieser Zahlung ist gleichzeitig eine Abschlagszahlung von 59,95 mal Augustgrundgehalt zur Auszahlung zu bringen.

Gemeindewahlfonds

(Kampffonds)

29. Leistung

Ortsgruppe Delitz	258 150 Mk.	6. Lodemann, Eisleben	500 000 Mk
Oeffentl. Versammlg. Eisdorf, d. Gen. Lodemann	7 000 000 „	Oeffentl. Versammlg. Diesdau und Ammendorf, d. Gen. Mollmann	5 000 000 „
Ortsgruppe Papitz	2 000 „	13. Distrikt, Halle	24 850 „
Verf. Kalbsrieth	3 698 500 „	Versammlung Artern, durch Gen. Oertel	5 027 400 „
Oeffentl. Verf. Zörbig	8 200 000 „	Ortsgruppe Löbersdorf, durch Gen. Thom	5 000 000 „
Ortsgruppe Mötzerling, Mühlein	160 000 „	Latmiad, Wimmelburg	719 000 „
Oeffentl. Verf. Naundorf	10 000 000 „	Reinsdorf, Wölau	300 000 „
b. Torgau	10 000 000 „	Ortsgruppe Friedersdorf	479 000 „
Dallmanitsch, Eisleben	4 000 000 „	O. Mens, Halle	32 000 „
Fritz Hennicke, Merseburg	1 000 000 „	Ortsgruppe Dieris	21 810 „
Angenannt, Beuna	500 000 „	Fender, Eisleben	1 000 000 „
Fr. Hoffmann, Frankleben	500 000 „	Erich Koh, Trebitz	10 000 000 „
Leunaarbeiter-Versammlung, Merseburg	1 674 420 „	B. Hanemann, Wiesteritz	2 000 000 „
Louis Hartmann, Freiroda	995 500 „	Ein Gewerkschafter, Delitzsch, d. d. USPD.-Schmeinereien nicht mehr mitmacht	6 000 000 „
Unsel Ernst, Zeitz	200 000 „	Oeffentl. Versammlg. Zinna, d. Genossin Voigt	20 000 000 „
Köllel, Droßig	430 000 „	Ein Genosse, Ammendorf	585 000 „
Oeffentl. Verf. Alsleben	10 000 000 „	Versammlg. Wolferode, durch Eisleben	27 160 000 „
B. Müller, Schkeuditz	100 000 „	Oeffentl. Verf. Teuchern	58 000 000 „
C. Kilian, Halle	20 000 000 „	Oeffentl. Verf. Dühen, durch O. Müller	14 502 000 „
Gen. Merseburg	1 020 000 „		
Braunsdorf, Merseburg	1 000 000 „		
Ortsgruppe Dölau	456 000 „		
O. Probst, Erdeborn	1 000 000 „		
Ortsgruppe Großsteinna, d. Gen. O. Müller	5 720 000 „		
Ein Gen. aus Bitterfeld	403 200 „		

Kleine gewerkschaftliche Mitteilungen

Bau- und Möbeltischler. Mittwoch, den 3. Oktober, sofort nach Arbeitsschluß, Branchenversammlung im „Volkspark". Tagesordnung: Lohnbewegung. Legitimation: Verbandsbuch.

Karielvorstand. Donnerstag, den 4. Oktober, abends pünktlich 7 Uhr, im Sekretariat Vorstandssitzung.

* **Städtische Säuglings- und Kleinkinderfürsorge.** Vom 1. Oktober an finden die Sprechstunden in der Universitäts-Kinderpoliklinik, Franzosenweg, jeden Montag, Mittwoch und Freitag, vormittags von ½9 bis ½10 Uhr statt, im Kinderhort Laudstädter Straße jeden Dienstag von ½9 bis 10 Uhr, im Kinderhort Weingärten jeden Donnerstag von ½9 bis 10 Uhr und im Kinderhort Bürgerpark Seebener Straße jeden Sonnabend von ½9 Uhr bis 10 Uhr. Sprechstunden für hoffende Mütter nur in der Kinderpoliklinik Montags, Mittwochs und Freitags von ½9 bis ½10 Uhr vormittags.

* **Die Einrichtung der halbmonatlichen Zahlung für die Sozial- und Kleinrentner** hat, wie uns von der Fürsorgestelle geschrieben wird, in den Kreisen der Rentner die irrtümliche Auffassung aufkommen lassen, die Zahlungen hätten am 1. und 15. jedes Monats zu erfolgen. Das ist nicht richtig. Das Gesetz kennt solche bestimmten Zahlungstage nicht. Der deutsche Städtetag hat in besonderem Rundschreiben darauf hingewiesen, daß nähere Anweisungen über die Zahlungsperiode erst noch ergehen werden, namentlich wird für Großstädte eine Erreichungsfrist von mindestens fünf Tagen zu fordern sein. Trotzdem versucht die hiesige Fürsorgestelle mit allen Kräften, die Bezüge so schnell als möglich in die Hände der Rentner gelangen zu lassen. Wenn dies bisher nicht immer zur Zufriedenheit der Empfänger geschehen konnte, liegt es an Schwierigkeiten, die die kurzfristigen Zahlungsweisen mit sich bringen. Es wird versucht werden, die vorhandenen Hemmnisse durch geeignete Maßnahmen baldigst zu beseitigen. Wir sind der Auffassung, daß für die hungernden Rentner alles getan werden muß. Daß ihnen das Geld, noch ehe es weiter entwertet, sofort ausgezahlt wird, das können sie verlangen.

* **Eine Erwerbslosenversammlung** findet am Donnerstag, dem 4. Oktober, abends 8 Uhr, im „Volkspark" statt. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen

* **Der Mitteldeutsche Mieterverband** hält seine Mitgliederversammlung am Mittwoch, dem 3. Oktober, abends 8 Uhr, in den Räumen des „Volksparks" ab, um u. a. über die neuen Mietzuschläge Stellung zu nehmen.

Theater und Konzerte

Stadttheater Halle

Zigeunerliebe, romantische Oper von Lehar

Im Stadttheater gab es am Sonntag wieder einmal eine Operette. Der Name des Komponisten bürgt dafür, daß es nicht eine mindermertige oder Durchschnittsware ist, die man dem Publikum bot. Nr. 1, die Zigeunerliebe grenzt schon an die kleine Oper. Und wenn gesagt ist, es sei eine romantische Operette — Zigeunerliebe ohne Romantik ist wohl nicht gut denkbar. Und so ist es auch. Romantisch die Handlung, romantisch die Musik. Liebeserlebenschaft durchzittert die lebrische Musik, feurige Weisen wechseln mit zarten Melodien; mitunter wird die Musik selbst etwas schwer, so daß man glaubt, in der Oper zu sein. Die Wiener Melodien wurden meisterhaft gespielt. Die Handlung führt uns nach Rumänien an die ungarische Grenze, wo der Zigeuner und Geiger Jokki sich in die schöne Zerika verliebt, die eben im Begriff ist, sich mit ihrem Geliebten zu verbinden. Sie wird durch die stürmische Liebesglut des Zigeuners verwirrt und will sich ihm zuwenden. Mizen erscheinen und in einem Traum erdrückt Zerika ein trübes Zukunftsbild, das sie an der Seite des Zigeuners erwartet. Nach diesem Traumgebilde willigt sie endlich ein in die Vereinigung mit ihrem Geliebten, von dem sie ehedem nicht viel wissen wollte. Die Aufführung war recht fortschrittlich verbreitet, die Ausstattung sehr gut. Den Zigeuner spielte Otto Wudtke-Braun, der mit größter Hingabe seine Aufgabe löste. Der Künstler hatte ein prachtvolles Stimmenmaterial. Die Zerika gab Trude Milsdorf; auch sie hatte den richtigen Ton getroffen. Peter Abed, der „Bräutigam Zerikas", muß mit seinen Stimmitteln etwas verschwenderisch sein. Er hieß es in höheren Lagen an der nötigen Sicherheit fehlen. Die Gutsbesitzerin Nona wurde von Marta Kalb meisterhaft auf die Bühne gestellt. Auch die übrigen Darsteller trugen ihr Bestes zum Gelingen bei. Die Stark-Besetzung des Theaters ist wohl dahin auszulassen, daß es als angenehme Abwechslung empfunden wird, wenn zwischen der schweren Oper einmal eine gute Operette gegeben wird.

Volkspark-Varieté. Die gestrige billige Vorstellung für Arbeitslose zeigte deutlich, welch dankbares und aufmerksames Publikum das Proletariat ist, und daß das Varieté wohl neben dem Kino als das Theater des arbeitenden Mannes zu bezeichnen ist. Leider sind im Varieté auch Kräfte beschäftigt, die bürgerlich-kitschig. Das Bestreben der Direktion Landerer, im eigenen Heim ein proletarisch orientiertes Varieté zu schaffen, kann nur begrüßt werden. Der neue Spielplan bedeutet einen Schritt vorwärts. Einen Künstler besonders herauszuheben, erscheint uns überflüssig. Es war alles da und jeder gab sein Bestes: Nackte und bestiefelte Beinchen, stimmbegabte Menschen, Jongleure, Trapezkünstler, humoristische Kanonen, Kreismenschen und „Fee", der dankende Hund, der sogar das Mort Marx schreiben kann. In der Auswahl der Possen muß die Direktion vorsichtiger sein. Wer sich einige frohe Minuten gönnen kann, sollte nicht am Volkspark-Varieté vorbeigehen. — Für Tanzlustige ist Dienstags und Mittwochs zwischen den Darbietungen Gelegenheit zum Tanzen.

Arbeiter-Sport

Der Gaufestlauf durch Halle am Sonntag zeigte eine sehr schwache Beteiligung der Vereine. Als erster durchlief Meier das Ziel, dicht auf folgten die Schwimmer und Sportverein Kröllwitz, in größeren Abständen folgten dann die anderen Vereine. Unbestritten sollten Handballspiele stattfinden, doch hatten die Turner abgesagt. Es folgte nun das Fußballspiel Sportlust — Sportverein Kröllwitz. Um ¼4 Uhr pfiff der Schiedsrichter an. Auf und ab wanderte der Ball, als Sportlust in der 4. Minute das erste Tor, nach zwei Minuten das zweite und schon in der nächsten Minute das dritte Tor erzielte. Jetzt ging auch Kröllwitz aus sich heraus und bald zeigte es sich, daß Kröllwitz die bessere Mannschaft und Sportlust kein gleichwertiger Gegner ist. Kröllwitz verlegte das Spiel in Sportlusts Hälfte, konnte aber zunächst keine der zahlreichen Torgelegenheiten ausnutzen. Erst in der 30. Minute brachte ein scharfer Schuß den ersten Treffer. Nach zwei Minuten erzielten sie das zweite und kurz vor Halbzeit das dritte Tor. Mit 3 : 3 wurde gewechselt. Nach Anstoß war Kröllwitz weiter im Vorteil, spielte aber jetzt gleichgültiger. Als Sportlust aus einem schnellen Durchbruch nach 25 Minuten das vierte Tor erzielte, versuchte nun auch Kröllwitz aufzuholen, hatte aber mit seinen Schüssen kein Glück. Erst in der letzten Minute fiel der Ausgleich. Beim Stande von 4 : 4 pfiff der Schiedsrichter ab. Das Spiel brachte keinen guten Sport. Es wurde reichlich hart und körperlich gespielt.

HFC. Teutonia 08. Morgen, Mittwoch, den 3. Oktober, treffen sich alle aktiven Sportgenossen, die Jugend- und Schülermannschaften am 8 Uhr im Vereinslokal „Rübezahl Brunnen" zur Aufstellung der Mannschaften für die kommenden Pflichtgesellschaftsspiele. Alle Sportgenossen werden dringend ersucht pünktlich zu erscheinen.

D. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe. Die Handballspiele litten wieder unter dem Nichtantreten der Mannschaften, so daß Nickte 1. Halle und Nietleben 1. kampflos zu den Punkten kamen. Es ist unverständlich, wie Mannschaften, die sich zu den Serienspielen melden, einfach nicht antreten; es muß darum auf dem nächsten Gruppentumtag ein ernstes Wörtchen geredet werden. Anders bei der Jugend, die unermüdlichen Spieleifer zeigt. Das Resultat des Spiel Nietleben Jugend — Fichte 2. Jugend. Leider war es Fichte Jugend nicht vergönnt, den Ehrentor zu werfen. Das ältere Ableitsspiel der Skitmer machte manchen Erfolg zunichte. Die Nietleben Jugend entschied das durch ihre Schnelligkeit, obwohl sie nur mit neun Mann spielend, für sich. Resultat 6 : 0 für Nietleben Jugend. Sonntag, den 7. Oktober, Handball: in Ammendorf nachmittags 3 Uhr, Wörmlitz 1. — Ammendorf 1. (Schiedsrichter Fichte-Halle). In Nietleben nachmittags 3 Uhr, Nietleben 1. — Ammendorf 2. (Schiedsrichter Fichte-Halle). In Passendorf nachmittags 3 Uhr, Passendorf Jugend — Halle 2. Jugend (Schiedsrichter Passendorf). Fußball: In Passendorf nachmittags 1 Uhr, Passendorf — Naundorf 1. (Nietleben); 1.45 Uhr Passendorf — Naundorf 2. (Nietleben). Spielresultate: Kanena — Naundorf 2. mit 122 : 114; Kanena — Naundorf 1. mit 67 : 62 (Protest).

Diau. Donnerstag, den 4. Oktober, abends 8 Uhr, bei Dieschke: Oeffentliche Sportversammlung. Sportgenossen, erscheint alle.

Sportsgenossen, werbt für den „Klassenkampf"!

Die heutigen amtlichen Devisenkurse (½2 Uhr nachm.)

	2. 10. Geld	2. 10. Brief	1. 10. Geld	1. 10. Brief
Amsterdam	125 286 000	125 914 000	94 769 500	95 237 500
Brüssel	16 159 500	16 240 500	12 568 500	12 631 500
Italien	14 364 000	14 436 000	10 972 500	11 027 500
London (f. 1 Pfd. Sterl.)	445 375 000	453 625 000	337 250 000	342 750 000
Neuyork (für 1 Dollar)	319 200 000	320 800 000	241 595 000	242 605 000
Paris	19 152 000	19 248 000	14 761 000	14 837 000
Schweiz	56 857 500	57 142 500	43 092 000	43 308 000
Wien D. Oesterr. abgest	—	—	34 012 000	34 028 000

1 Goldmark am 2. Oktober (umgerechnet auf Grund des amtlichen Dollarkurses) = 76 428 571 Papiermark.

½2 Uhr: Dollar 320 800 000 Mk.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231002-15/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Die Krähen

11]

Roman von **Janos Gyetvai**

Mählich wurde es Frühling. Ich sehnte mich unsäglich an die Sonne. Wenn ich jedoch daran dachte, hinauszugehen oder mich auch nur vor das Haus zu setzen, und daß mich die Nachbarn oder die Vorübergehenden erblicken könnten, oder wehe, vielleicht gerade Karoly, wenn er zufällig herüberschaute —, so begann mein Herz laut zu dröhnen.

Und auch darüber machte ich mir Sorgen, was die Leute im Dorfe über mich reden mochten. Sie nennen mich vielleicht Dirne und würden mir auf der Straße Steine nachwerfen.

Dennoch vermochte ich dem Verlangen nicht zu widerstehen. Ich kleidete mich an, wollte mich auch kämmen. Als ich jedoch vor den Spiegel gelangte, taumelte ich zurück. Ein lebendiges Gespenst schaute mich aus dem Spiegel an.

„Mein Gott, was ist aus mir geworden!"

Ich rang die Hände. Konnte nicht weinen. Strich mir übers Gesicht. Nichts als Knochen. Der reinste Totenkopf.

„Alles ist zu Ende" sprach in mir langsam eine leere Stimme.

Ich legte mich ins Bett zurück. Ging an diesem Tag nicht vors Haus.

Als ich drei Tage später wieder aufstand, wagte ich mich nicht an den Spiegel. Richtete mir mit der Hand das Haar. Band mir auch ein Tuch um den Kopf, damit die Leute mein Gesicht nicht sehen. Ich ging hinaus, taumelte hinaus. War sehr schwach. Die Hausleute gingen mir aus dem Weg.

Draußen war ein wundervoll schöner Frühlingstag. Alles grünte bereits, die Sonne strahlte, ihr warmes Streicheln war weich und wohltuend. So schön hatte ich den Frühling noch niemals gesehen. Alles erwacht wieder zu neuem Leben — dachte ich — nur mein Leben ist für ewige Zeiten gestorben. Ich mußte die Augen schließen, so blendend schien ringsum die Sonne. Ich setzte mich, das heißt: ich sank auf das vor dem Haus stehende Bänkchen.

Ferenc und die Seinen gruben bereits den Garten um. Mich erblickend, schauten sie zu mir herüber, gruben dann aber gleich weiter, sich noch tiefer über die Haue beugend. Nur Ferenc kam später zu mir. Tat es wahrscheinlich nur der Form wegen.

„Gelt, es tut wohl, an der Sonne zu sitzen?" fragte er. Sagte dann: „Das hättest Du auch schon früher tun können?"

Ich erwiderte nichts. Wir hatten schon seit langem nicht miteinander gesprochen. Nur er hatte sich hin und wieder mit einem Wort an mich gewandt, wie auch jetzt.

Da er keine Antwort bekam, ging er wieder in den Garten und grub weiter. Ich hätte ihn zurückrufen mögen. Wollte ihn seit langem fragen, ob sich das Gesetz schon mit der Angelegenheit befaßt habe und bereits eine Entscheidung getroffen worden sei. Doch wagte ich es bisher nicht zu tun und brachte es auch heute nicht über mich.

Stundenlang saß ich in aller Stille da und betrachtete das andere Haus.

Es war schon grauer Abend, als mich plötzlich deuchte, daß jemand über den Hof gehe.

„Karoly" — raunte ich mir zu, stand eilends auf und ging ins Haus.

„Mein Gott, ob er mich wohl erblickt hat?" seufzte ich im Zimmer angelangt auf, und etwas schnürte mir eng die Brust zusammen.

Das Gesetz entschied . . .

Das Gesetz mischte sich ein. Im März kam es zum Urteil. Der Gemeindediener brachte die Entscheidung. Es war ein anderer Gemeindediener. Erst jetzt entsann ich mich, noch im Herbst gehört zu haben, daß auch in unserem Dorf Revolution ausgebrochen sei. Im Dezember hatte auch der Notar fort müssen, an seine Stelle war ein anderer gekommen und der erledigte unsere Angelegenheit. Und auch einen anderen Schulzen hatten wir. Man sprach von einer Nationalversammlung. Sonst aber hatte sich in der Gemeinde nichts geändert. Wer früher arm war, blieb es, wer reich war, dem ging es auch jetzt gut. Als ich, im Bette liegend, vernahm, wie von der Revolution gesprochen wurde, glaubte ich, dies bedeute, daß die Armen jetzt endlich mehr Rechte haben und vielleicht auch ein Stückchen Feld bekommen würden; die Revolution werde die Güter der Reichen aufteilen. Dann wird vielleicht auch Karoly etwas bekommen haben, dachte ich, und alles kann sich noch zum Guten wenden. Mein Gott, wenn Karoly plötzlich das Zimmer beträte und sagte:

„Kamm heim, Elzter, wir beginnen ein neues Leben."

Ich wäre vielleicht vor Freude gestorben.

So waren meine Gedanken, als ich von der Revolution erzählen hörte. Doch änderte sich, wie ich bereits sagte, nichts.

Der Gemeindediener brachte die Entscheidung. Sagte, man habe mich nicht zur Verhandlung geladen, weil ich schwer krank sei.

Ich bekam eine Zuschrift, und auch Ferenc Kokai erhielt eine. Die amtliche Zustellung zitterte in meiner Hand, als ich sie übernahm. Ich konnte kaum die Empfangsbescheinigung unterschreiben.

Dann wartete ich, bis ich ganz allein war.

Ich faltete das Schriftstück auseinander. Wahrlich, es faltete sich einige Mal wieder so sehr zitternd mir die Hände.

In der Zuschrift stand, mein Gott, in der Zuschrift stand — die blauen Buchstaben tanzten vor meinen Augen —, daß ich von Ferec Kokai getrennt bin und daß meine erste Ehe gültig ist, da ja mein erster gesetzlicher Gatte lebt.

Ich sank auf den Tisch, begann vor Freude zu weinen, zu lachen.

Karoly stieß mich fort . . .

Meine Freude war verfrüht.

Als ich das Schriftstück las, dachte ich gar nicht daran, was Karoly dazu sagen werde. Wußte ich doch nicht, was seither in Karolys Seele vorgegangen war, seitdem er vor der verschlossenen Haustür stand, durch ferne Länder heimgeeilt, ich in den Hof fiel und er mich erblickte, meine Stimme vernahm, seitdem er mich hierher brachte, seiner Sohn von hier holte und ich unter verstandraubenden Qualen hier lag.

In meiner ersten großen Freude dachte ich, jeder werde darüber, daß nun alles mit einem Male sich veränderte, so erfreut sein wie ich, in jede Seele werde Lenz einziehen, über alles werde sich sonniger Frühlingsglanz breiten. Und so wird es auch Karoly ergehen. Er wird mit einem Male alles vergessen, wird mit strahlendem Gesicht herübergeeilt kommen, mich fortnehmen, heimführen, wie einen ihm geraubten, abhanden gekommenen Schatz. Und ich werde daheim den ganzen Tag weinen, lachen und singen. So malte mir meine erste große Freude die kommenden Dinge aus.

Wäre es so gekommen, mein Gott, wie glücklich hätte ich sein können. Wäre vielleicht auch jetzt noch glücklich.

Doch geschah es nicht so

Karoly kam mich nicht holen. Kam nicht einmal, um sich zu der Entscheidung zu äußern, um zu sagen, was seine Absicht sei. Drei Tage vergingen, eine Woche verging. Karoly ließ sich nicht einmal in der Umgebung des Hauses blicken. Ich ging nur auf und ab im Haus, wie ein Vogel in seinem Bauer, und wartete. Wartete von früh bis abend, von abend bis früh. Wartete von einer Stunde zur andern, von einer Minute zur nächsten. Ich rang so verzweifelt die Hände, daß sie schon rot waren und schmerzten, und mein Kopf drohte vor Erwartung zu bersten.

Er kam nicht. Kein Zeichen, nicht das geringste Aufzläuzen einer Hoffnung.

Die Kokais schauten mich schon wie einen aussätzigen Fremden an. Nur eine Art Anstand oder vielleicht eine unbestimmte Angst hielt sie davor zurück, mich vor die Tür zu setzen, oder vielleicht ließ Ferenc dies nicht zu.

Ich fühlte, sah dies, und das Haus begann für mich allmählich zu einer wahren Hölle zu werden. Doch wußte ich nicht, was zu tun. Könnte ich denn allein heimgehen, wagte ich mich denn zu Karoly hinein? Was soll ich tun, mein Gott, was soll geschehen, was wird mit mir geschehen?

Als bereits anderthalb Wochen verstrichen waren, und Karoly sich noch immer nicht zeigte, nahm Ferenc Kokai das Schriftstück an sich und kam zu mir.

„Kleide Dich an, Elzter, nimm alles, was Dir gehört, und komm."

In meiner Brust stockte jählings der Atem.

„Wohin?"

„Hinüber."

„Hinüber? Ist denn schon alles erledigt? Habt Ihr schon mit Karoly gesprochen und willigt auch er in alles ein?"

„Ich weiß nicht, sah ihn nicht, sprach seither nicht mit ihm."

„Aber dann, mein Gott, was wird geschehen, wenn wir so hinübergehen?"

„Es wird schon irgendwie werden. Das übrige ist Euere Sache."

Meine Zähne schlugen gegeneinander.

(Fortsetzung folgt.)

Erinnerung aus Krähwinkels Schreckenstagen

Wir, Bürgermeister und Senat,
Wir haben folgendes Mandat
Stadtväterlichst an alle Klassen
Der treuen Bürgerschaft erlassen.

„Ausländer, Fremde, sind es meist,
Die unter uns gesät den Geist
Der Rebellion. Dergleichen Sünder
Gottlob! sind selten Landeskinder.

„Auch Gottesleugner sind es meist;
Wer sich von seinem Gotte reißt,
Wird endlich auch abtrünnig werden
Von seinen irdischen Behörden.

„Der Obrigkeit gehorchen, ist
Die erste Pflicht für Jud' und Christ.
Es schließe jeder seine Bude,
Sobald es dunkelt, Christ und Jude.

„Wo ihrer drei beisammenstehn,
Da soll man auseinandergehn.
Des Nachts soll niemand auf den Gassen
Sich ohne Leuchter sehen lassen.

„Es liefe're seine Waffen aus
Ein jeder in dem Gildenhaus;
Auch Munition von jeder Sorte
Wird deponiert am selben Orte.

„Wer auf der Straße räsoniert,
Wird unverzüglich füsiliert;
Das Räsonieren durch Gebärden
Soll gleichfalls hart bestrafet werden.

„Vertrauet Eurem Magistrat,
Der fromm und liebend schützt den Staat
Durch huldreich hochwohlweises Walten;
Euch ziemt es, stets das Maul zu halten."

Heinrich Heine.

So muß es auch in Deutschland kommen!

Schwierig und bitter war es in Rußland zur Zarenzeit, bei den habgierigen Unternehmern zu arbeiten. Damals gab es keine einzige Arbeiterorganisation, keinen Verband, keinen Arbeiterschutz, keine Inspektion, kein einziges Gesetz, das zum Schutz des Arbeiters einen Druck auf den Unternehmer hätte ausüben können. Es gab nur ein Gesetz — schufte wie ein Ochs 12 bis 14 Stunden täglich, und damit basta! Wenn dir das nicht paßt, nimm deine Papiere! Du kommst auf die schwarze Liste und erhältst noch obendrein einen Genickstüber.

Jetzt ist es anders. — Alles Alte wurde in die Abfallgrube geworfen, ja sogar eingegraben, damit es nicht wieder zum Vorschein komme. Allerdings herrschen auch jetzt noch in einigen kleinen privaten (von neuem zum Leben erstandenen) Fabriken Zustände der Ausbeutung. Aber auch das nur so lange, bis die Arbeitsinspektion oder Gewerkschaft den Schrei des Arbeiters vernimmt. Dann aber wehe, dir, Unternehmer!

Ein Beispiel. Die „Prawda" (Wahrheit), russisches Staatsorgan, brachte unter der Rubrik „Arbeiterleben" eine Notiz über die Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen in der Spitzen- und Strumpffabrik „Gesellschaft Austausch". Die Notiz sprach von den schlechten Fabrikräumen, von der verabsäumten Ausgabe von Arbeitskleidern an die Arbeiterinnen, von dem Mangel jeglicher kultureller Einrichtungen und von einer Reihe sonstiger so wunder Punkte. Einige Zeit nach dem Erscheinen der Notiz wurde die Fabrik von Vertretern der Gewerkschaft besucht, die eine sorgfältige Untersuchung der Fabrikräume vornahmen und sich von dem Leben der Arbeiterinnen überzeugten.

Die Arbeiterinnen bestätigten einstimmig die in der Zeitung dargelegten Mißstände; sie ersuchten den Verband, den Unternehmer zur Verbesserung ihrer Lage zu veranlassen. Der Unternehmer sah sich also veranlaßt, die Webestühle und Maschinen zu verkaufen und allen 90 Arbeiterinnen den Lohn für zwei Wochen im voraus zu zahlen.

„So ist es besser, Du Gauner!" sagten die Arbeiterinnen. „Da hat sich ein Vampir niedergelassen und denkt, daß er unser Blut bis zum letzten Tropfen aussaugen kann."

Jetzt arbeiten diese Arbeiterinnen fast sämtlich in Staatsbetrieben.

Der Unternehmer aber läuft nun in der Vorstadt herum, wo seine kleine Fabrik lag. Die Arbeiterinnen sehen ihn noch häufig.

„Dort geht unser Iwan Iwanowitsch!" sagen die Arbeiterinnen. „Seht, wie er heruntergekommen ist, solange seine Fabrik stand, fuhr er auf dem Automobil herum, lebte fein. Jetzt hat er vielleicht nicht einmal Kartoffelkraut zum Rauchen, und recht geschah ihm!"

Das verbotene „Hakenkreuz". Der Berliner Polizeipräsident Richter hat gleich die erste Nummer dieser neuen satirischen Monatsschrift der Kommunisten verboten. Dazu schreibt uns die Redaktion des „Hakenkreuz": Wir sind nicht bescheiden genug, uns zu verhehlen, daß unsere satirische Zeitschrift ihren politischen Sinn erfüllt hat. Hätte es noch eines Beweises bedurft, — das Verbot des Berliner Polizeipräsidenten würde ihn liefern. Eines aber an dem Verbot betrübt uns aufrichtig: Es macht uns erkennen, daß es in der Umgebung des Herrn Richter Menschen gibt, die noch weit witziger sind als wir. Sätze wie:

„Der Herr Reichspräsident und die Kabinettsmitglieder sind stark mit Blut bespritzt", oder „Gust'l, laß mich doch auch mal ran, als eine Beschimpfung des Reichskanzlers", solche Sätze sind einem wahrhaft überwältigenden Humor entsprossen, den man nicht in einer Polizeistube verkümmern lassen sollte. Aber in allem Ernst protestieren wir gegen Beschlagnahme und das Verbot unserer Zeitschrift und fordern die sofortige Aufhebung der von der politischen Polizei und vom Polizeipräsidenten angeordneten Maßnahmen.

Flugsand

Von **Andrei Chmara**

(Aus dem Russischen von **Hermynia Zur Mühlen.**)

Endlos erstreckt sich der schimmernde, goldene, astrachanische Sand. Unabsehbar dehnt sich die Gegend. Kein Haus, kein Tier, kein Acker. Selten nur begegnen wir einem mit Steppengras beladenen Kamel. Sand, Sand! Treibender, brennender Sand!

Der Salzee reizt die Qualen des Durstes. Wir stürzen hin, krümmen uns schaudernd. Tief unten treibt unter dem Sand die kalltspritzende Feuchtigkeit; der Sand verbirgt eifersüchtig das Geheimnis ihres Seins. Und Du wirst verrecken wie ein Hund, ohne das Geheimnis zu erfahren. Eine Arschin trennt Dich vom Leben. Und dann . . . Knochen, die im Winde austrocknen, verweht vom treibenden Sand.

Knochen, weiße Knochen! Wie viele es ihrer gibt! Wie viele, unordentlich verstreut, vergessen. Wer waren sie? Niemand weiß es.

Stille. Jählings erhebt sich wilder Wind, schleudert den feinen Sand bis zum Himmel empor. Und nun nahen schon die Geier der Steppe — kreisen in den Lüften, warten auf Beute.

Menschen, Pferde, Kamele, Troß — ein Heer. Tausend rote Krieger. Sie marschieren . . .

Eins, zwei, drei, vier! Eins! Zwei! Linksum!

Sie marschieren . . . Müde . . . Abgemagert . . . Zerlumpt . . . Barfuß . . . Linksum! Linksum!

Die Füße schleppen sich durch den Flugsand. Gelb ist die Sonne, wie ein Messingbecken. Sommerliche Hitze glüht.

Kein Wasser mehr; es verschwand in der Tiefe, unerreichbar. Tri—i—nken!

Eins! Zwei! Drei! Vier! Linksum! Linksum!

Heiß waren die Kämpfe. Pferde stürzen zur Erde, Kamele keuchen . . . Hinter uns — der weiße Feind, vor uns — das steinige, gelbe Meer. Tri—i—nken! Glühende Wangen. Wahnsinnige Augen.

Linksum! Eins, zwei, drei, vier! . . .

Mit trägem Flug stoßen die Aasgeier auf Kamelleichen nieder. Hocken tückisch dort. Vergeblich gräbt unser Kalmückengeleit im Sand . . . Das Wasser hat sich in der Tiefe verkrochen . . . Blut tropft von den Schlüssen . . .

Nicht die Brust vorstrecken! Im Schritt! Linksum! Linksum! Eins! Zwei!

Wir tragen auf den Schultern die Leichen der Gefallenen. Sie nicht dem Feinde lassen! Sie nicht dem Feinde lassen!

Der Tod schreit nach uns. Schon brach das letzte Kamel zusammen. Wir marschieren. Erschöpfung.

Süße Rast schenkt uns jeder Hügel.

In der Fieberglut durchleben wir von neuem einstige Tage.

Staub bedeckt den Zug . . . Die Ladestöcke . . . Die Hanfschlingen . . . Die nahen Gesichter . . . Feucht vom Schweiß der Agonie . . .

Linksum! Linksum! Eins, zwei, drei, vier!

Fieberschauder . . . Karree . . . Eine Salve . . . Laufendes Feuer . . .

Linksum! Linksum!

Von neuem schreien die Geier . . . Wittern Leichen . . . Die Räuber . . .

Eins, zwei, drei, vier!

Schön war es auf dem Bahnhof in Kuban! Kühle wehte aus den benachbarten Gärten. Köstlich.

Eins! Zwei! Eins! Zwei! Linksum!

Köstlich ist es, Brust an Brust mit dem Feinde zu kämpfen, aus seinen Augen den Haß strömen zu sehen.

Linksum! Linksum!

Die Füße versinken im Sand. Bleischwer. Die Sonne glüht.

Nicht zusammenbrechen! Weiter . . . der Schlacht entgegen.

Messen Knochen bleichen hier? Tri—i—nken!

Nicht töten! Nicht die Gerechtigkeit töten! Einerlei, sie wird siegen!

Linksum! Linksum! Eins, zwei, drei, vier!

Wir marschieren . .

Immer wieder bricht die heiße Sonne hervor. Lichter werden die Reihen. Gerechtigkeit läßt die Herzen erglühen . . . Andere kommen.

Da sind sie! Jung, kraftvoll, stürmisch verwegen. Eilen dahin, gleich Lavaströmen . . . Für die Gerechtigkeit!

Eins! Zwei! Linksum! Linksum! Linksum!

Wir schlagen uns durch . . . Behausungen . . . Mut erfüllt die Brust. Der Schritt belebt sich.

Linksum!

Oede. Abgebrannte Hütten dunkeln. Nicht klingt vom Minarett nieder die Stimme der Muezzins. Ausgetrocknet der Brunnen. Von Sand bedeckt.

Vorüber.

Linksum! Eins, zwei, drei, vier! Linksum! Linksum! Die Beine krümmen sich, tragen uns nicht mehr. Der Tod!

Sei gegrüßt Tod, um des neuen Lebens willen!

Eins! Zwei! Eins, zwei, drei, vier! Eins! Zwei!

Brüder, Jugendgenossen!

Von **John Lassen** (Neuyork)

Deutsch von **Stefan J. Klein**

Brüder, Jugendgenossen, Euch send' ich diese Zeilen,
Euch, junge Arbeiter, hinter denen eben zuschlug das Kerkertor.
Aus Sackleinen ist Euer Sträflingsgewand, und gewiß werdet Ihr
auch in Einzelzellen gesperrt,
Wie gemeine Verbrecher.
Und Ihr fühlt die große Einsamkeit . . .
Und klettert empor ans hohe Kerkerfenster,
Um ein Stückchen des fernblauen Sommerhimmels zu erspäh'n.
O, Arbeiterbrüder, wenn Ihr Euch durch die Fenster sehnt,
Wisset, daß Ihr mit Euren in die Weite gerichteten Augen nicht
allein seid:
Mit Euch ist Moskaus Arbeiterjugend,
Und auch in den Proletenhöhlen von Budapest flüstert man in
tiefer Ehrfurcht Eure Namen,
Und Berlin und Neuyork, Chikago und Kolorado, Paris und Sofia,
Nischni-Nowgorod und Petersburg, und jedes junge Arbeiterherz, wo immer auch es schlägt, alle, alle sind mit Euch.
Bedenkt: auch in des Kerkers Tiefe seid Ihr frei,
Brüder, die Ihr aus Eures jungen Lebens Glanz in des Galgens
Schatten für all die tratet,
Die jetzt des Daseins Fron-Last leidend schleppen,
O, Brüder, Jugendgenossen!
Vergeßt nicht in des Verliesses Dunkel:
Eure Leiden stählen und härten die Kampffaust,
Die zusammen mit den hohen Kerkermauern die heutige Welt
zertrümmert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231002-15/fragment/page=0006

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 1.—7. Okt. 25 Mill. Mk., durch die Post 30 Mill. Mk. ohne Zustell.-Gebühr. Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft f. d. Bez. Halle-Merseburg GmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14, Fernruf 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 und 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 2 200 000 Mk. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 10 Mill. Mk. f. Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteilenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1066 48, Fritz Kroß, Halle.

Einzelpreis 5 Mill. Mk. — **Dienstag, den 2. Oktober 1923** — **3. Jahrgang Nr. 230**

Kahr vernichtet das Streikrecht

Eine Zuchthausverordnung gegen die Arbeiterschaft — Todesstrafen gegen Streikführer

WTB. München, 1. Oktober.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Wie aus dem Generalstaatskommissariat verlautet, ist eine Streikverordnung erlassen worden zu dem Zwecke, Sicherung für Arbeit und Betriebe zu schaffen. Durch diese Verordnung werden Streiks und Aussperrungen verboten, ebenso jede Art von Sabotage, d. h. widerrechtliche Stillegung und Hemmung von öffentlichen und privaten Betrieben. Als Strafe werden Gefängnis und Geldstrafen ohne Höchstmaß angedroht, in besonders schweren Fällen Zuchthaus. Wenn das Ableben eines Menschen dadurch verursacht wurde, kann auf Todesstrafe erkannt werden. Mit den gleichen schweren Strafen soll die Arbeitswilligkeit geschützt werden. Alle Terrorakte wie Mißhandlung, Beleidigung und Bedrohung und wirtschaftliche Schädigung gegen Beamte, Angestellte oder Arbeiter wegen ihrer vaterländischen oder politischen Gesinnung fallen ebenfalls unter die Verordnung.

*

Zuchthausstrafen gegen streikende Arbeiter! Der bayrische Diktator Kahr verfolgt Schritt für Schritt sein Programm, das in der völligen Versklavung und Verelendung der Arbeitenden, in der Durchführung des Stinnesprogramms besteht, dem durch blutige Niederwerfung der Arbeiterklasse und durch den Weißen Schrecken der Weg frei gemacht werden soll.

Hinter Kahr, dem Führer der Weißen Reaktion, steht das Großkapital. Die faszistischen Verbände sind ihm notwendige Hilfstruppen, die Hauptwaffen sind ihm die Staatsmacht und die Machtmittel der Polizei und Reichswehr, über die er unumschränkt verfügt.

Schritt für Schritt setzt Kahr seine Politik auch gegen den schwächlichen Widerstand der Koalitionsregierung durch. Denn hinter ihm steht nicht etwa nur das bayrische, sondern das deutsche Großkapital, das überall im Reiche seine Kräfte mobilisiert und durch ihren Druck nicht nur jeden Schritt der Reichsregerung gegen den bayrischen Diktator verhindern, sondern sie zwingt, ihm Schritt für Schritt zu folgen.

Nach dem Siege Kahrs wegen des Verbotes des „Völkischen Beobachters", nach der bayrischen Beschlagnahme des Reichsbankgoldes erfolgt nun das Streikverbot.

Auch dieses Verbot, in der Hauptsache erlassen zugunsten der Profitinteressen der Unternehmer, die bei rasend steigenden Preisen keinen Lohnausgleich zahlen und die Arbeitszeit maßlos verlängern wollen, enthält eine scharfe Spitze gegen das Reich.

Die Zuchthaus- und Todesdrohungen Kahrs gehen gegen alle Arbeitnehmer, auch die Reichsbeamten und -arbeiter. Von vornherein soll der Reichsregierung das Mittel des angeordneten Streiks gegen Truppenbewegungen usw. wie beim Kapp-Putsch aus den Händen gewunden werden. Die Zuchthausverordnung Kahrs ist nichts anderes, als die Verordnung, die die weißblauen bayrischen Beamtenverbände schon vor Wochen vorauswußten und entsprechend der sie ihren Mitgliedern die Anweisung gaben, keine Parole des Reiches zu befolgen, sondern sich der bayrischen Diktatur unterzuordnen.

Damals gab die Reichsregierung ein Rundtelegramm heraus, nach dem Reichsbeamte nur ihren Anordnungen zu folgen hätten. Kahr bedroht sie mit Zuchthaus- und Todesstrafe, falls sie streiken sollten!

*

Die Reichsregierung wird wieder zurückweichen. Die Reaktion wird im ganzen Reich den bayrischen Kurs durchdrücken und beim geringsten Widerstand in der Großen Koalition die reine Rechtsdiktatur durchsetzen.

Die Arbeiterschaft weiß nun, was sie beim Sieg des reaktionären Kurses zu erwarten hat. Es gilt jetzt, der Weißen Front die einige Arbeiterfront entgegenzustellen, dem Weg der thüringischen und sächsischen Arbeiterschaft zu folgen, die der Militärdiktatur die Arbeiter-Regierung entgegensetzen.

Kahr droht den Sozialdemokraten mit Gefängnis

WTB. München, 2. Oktober.

Das durch Generalstaatskommissar v. Kahr ausgesprochene Verbot der sogenannten Schutzabteilungen der sozialdemokratischen Partei erstreckt sich auf die rechtsrheinischen Gebiete Bayerns. Die Sicherheits- und Selbstschutzverbände, sowie ähnliche Einrichtungen der vereinigten sozialdemokratischen und kommunistischen Partei werden verboten und aufgelöst. Wer einem hiernach aufgelösten Verband angehört oder sich einem solchen aufgelösten Verbande anschließt oder einen solchen aufgelösten oder neugebildeten Verband unterstützt, wird mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafen, deren Höchstmaß unbeschränkt ist, erkannt werden kann, bestraft.

*

Die sozialdemokratischen Mitglieder in der Reichsregierung, die ihre Zustimmung zur Verhängung des Ausnahmezustandes gaben, sehen der Unterdrückung und Verfolgung ihrer bayrischen Parteigenossen ruhig zu, offenbar weil es gleichzeitig auch gegen die Kommunisten, gegen die Gesamtarbeiterschaft geht. Die sozialdemokratische Führerschaft hat sich auf Gedeih und Verderben dem Stinnesprogramm verschrieben, sie fördert seine Durchführung mit den brutalsten militärischen Machtmitteln. Die Arbeiterschaft muß daraus die Konsequenzen ziehen.

Todesstrafe für bayrischen „Landesverrat"

WTB. München, 1. Oktober.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Der Generalstaatskommissar hat eine Verordnung erlassen, nach der Landesverrat mit dem Tode bestraft werden kann.

*

Diese Verordnung ist, obwohl auch in der Ebert-Verordnung die Todesstrafe für Landesverrat angekündigt wird, nichts anderes als eine neue Blutverordnung gegen die Arbeiterschaft. Denn die bayrischen Volksgerichte haben keine Strafen für Landesverräter, die mit den Franzosen über die Abtrennung Bayerns vom Reich verhandeln, wie den Grafen Bothmer, die Todesstrafe droht anderen. Es ist in Bayern Landesverrat, wenn Arbeiter oder andere Linksgerichtete den geheimen monarchistischen Mordorganisationen Waffenlager wegnehmen, in der Presse bekanntmachen oder auch nur den Behörden anzeigen. Die neue Verordnung verschärft also den blutigen Terror gegen die Arbeiterschaft. Die Waffen der Faszisten, die nicht gegen den äußeren Feind gerichtet sind, sondern Waffen in der Hand des Unternehmertums sind, sollen nach der Legalisierung der monarchistischen Geheimverbände durch Blutverordnungen geschützt werden.

Bayern beschlagnahmt Reichsbankgold

…in, 30. September.

…ger Reichsbankfiliale …rk im Auftrage … Berlin trans… …is, der eben sein Ami… …r. Lappe als Polizei… …tin bestimmten Gold…

…sregierung dieselben …bebiet wiederholt an… …oldmillionen bedeutet …ich.

…abgefangen

…Berlin, 2. Oktober.

…itung" wurden im … Arbeiterwachen fest… …olver und Munition … angehörige, die fest…

…Stadtrats

…nberg, 1. Oktober.

…ch bei Kahr dagegen …berg und Fürth weg… …übertragen worden ist. … Sitzung mit dieser

…chen Sonder… …abgeschlagen

(Eig. Meldung.) Düsseldorf, 2. Oktober.

Die Sonderbündler haben in der Nacht versucht, die Entwaffnung der grünen Polizei sich zunutze zu machen, um sich in der Stadt verschiedene Punkte zu sichern. Die Kommunisten haben sie abermals zurückgeschlagen.

WTB. Düsseldorf, 1. Oktober.

Der Sonntag hat hier 10 Tote und 74 Verwundete gefordert. Ein blauer und zwei grüne Polizeibeamte sind tot, vier blaue und neun grüne verwundet. Alle Schupooffiziere wurden von den Besatzungsbehörden verhaftet. Infolge der Vorgänge haben die Franzosen über Düsseldorf die Verkehrssperre von 11 Uhr abends bis 5 Uhr früh verhängt.

Kommunistenverhaftungen in Dortmund

(Eig. Drahtm.) Dortmund, 1. Oktober.

Die blaue Polizei verhaftete in Dortmund zwölf kommunistische Genossen, weil sie Flugblätter angeklebt hatten, die sich gegen die Kapitulation an der Ruhr richteten.

Freier Abzug der Stahlhelmleute aus Küstrin

Küstrin, 2. Oktober.

Dienstag früh 6 Uhr wurde die Festung Küstrin durch die Reichswehr von den Stahlhelmtruppen geräumt. Aus Fürstenwalde waren zwei schwere Bataillone erschienen, aus Frankfurt a. d. O. die Maschinengewehrabteilung 8. Auch Artillerieabteilungen waren zur Erzwingung der Uebergabe notwendig. In den frühen Morgenstunden wurde das Fort Gorgatz geräumt. Die 500 Stahlhelmleute haben 1 Toten und 11 Verwundete, die Reichswehr einen Verwundeten. Die Stahlhelmleute konnten frei abziehen.

*

Diese Meldung bestätigt vollauf, daß die Gefahr keineswegs gebannt ist. Warum läßt man die Aufrührer abziehen? Warum wurde in den ersten offiziellen Meldungen von „Nationalkommunisten" gefabelt, während es doch regelrechte Stahlhelmleute sind, die in ganz Norddeutschland mobilisiert sind. Wer sind die Toten und Verwundeten?

Heraus mit der Sprache!

*

WTB. Berlin, 1. Oktober.

Ueber die Lage in Küstrin wird vom Reichswehrminister mitgeteilt: Durch sofortiges energisches Eingreifen ist der Kommandant in kurzer Zeit der Bewegung Herr geworden. Die Garnison ist in die Stadt eingedrungen und hat die Unruhestifter im Zeughof eingeschlossen. Mehrere Führer sind verhaftet. Die von den Nachbargarnisonen anmarschierenden Verstärkungen werden voraussichtlich nicht mehr einzugreifen brauchen.

WTB. Berlin, 2. Oktober.

In Küstrin kam es bei einem Entsatzversuch, den die Aufständischen zur Befreiung der im Zeughof eingeschlossenen Aufrührer unternahmen, zu einem Feuergefecht, bei dem die Aufständischen Verluste an Toten und Verwundeten hatten. Bei der Reichswehr sind bisher keine Verluste gemeldet. Am Abend waren die Aufrührer im Zeughof von der Außenwelt völlig abgeschlossen. Die Entwaffnungsaktion ist eingeleitet. Die Säuberung der Umgebung von Küstrin ist im Gange. Der Einsatz der auf Küstrin in Marsch gesetzten Verstärkung ist nur zum geringen Teil nötig geworden. Die Umgebung von Berlin wird von Reichswehr und Polizei scharf überwacht.

*

Die Meldungen zeigen, daß die norddeutschen Faszisten aufs Beste ausgerüstet sind, daß sie noch keineswegs zerstreut sind. Der gestrige offizielle Bericht des WTB. spricht von „National-Kommunisten". Diese eigenartige Bezeichnung soll offensichtlich die Oeffentlichkeit darüber täuschen, daß es Truppen der sogenannten „vaterländischen Verbände" sind, die den Handstreich auf Küstrin machten, gleichzeitig sollen diese Hakenkreuzler in Verbindung mit den Kommunisten gebracht werden. Selbstverständlich haben die monarchistischen Hakenkreuzler, die Küstrin stürmten, nicht das Geringste mit den Kommunisten zu tun, dagegen sind es offenbar faszistische Truppen, die mobilisiert und fanatisiert, sich zu früh zu weit vorwagten und nun durch sanften Druck wieder in die große Linie der vorrückenden weißen Front zurückgebracht werden müssen.

Die Ereignisse von Küstrin sind für die Arbeiterschaft ein Symptom, das die Gefahr in ihrer ganzen Größe zeigt. **Diese Gefahr ist nicht gemindert. Die Arbeiterschaft muß in höchster Alarmbereitschaft bleiben.**

Die Schwerindustrie beurlaubt die Faszisten!

(Eig. Meldung.) Berlin, 1. Oktober.

In den Siemenswerken, Berlin-Charlottenburg, haben sämtliche Mitglieder der gelben Werksorganisationen Urlaub erhalten unter Fortzahlung ihres Lohnes. Die Leute sind zu Uebungen für unbestimmte Dauer abberufen.

Es darf nur frisierte Kriegsberichte geben

Berlin, 1. Oktober.

Folgender Befehl des Reichswehrministers ist an die Wehrkreiskommandos ergangen: „Um Beunruhigungen der Bevölkerung durch Verbreitung ungeprüfter Gerüchte zu vermeiden, befehle ich: Ueber Unruhen im unbesetzten Reichsgebiet dürfen von der Presse keinerlei Nachrichten außer amtlichen Mitteilungen der Militärbefehlshaber gebracht werden. Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. 9. 1923 bestraft."

*

Der Herr Reichswehrminister Geßler erreicht mit diesem Befehl das Gegenteil des vorgeblichen Zwecks. Wenn nur die Mitteilungen der Militärbefehlshaber veröffentlicht werden dürfen, so muß diese Maßnahme im breiten Publikum das größte Mißtrauen erregen, denn diesen offiziellen Berichten, die etwa vom Reichswehrgeneral Seeckt herausgegeben werden, haucht von vornherein das Odium der aus Kriegszeit her übel berüchtigten Berichte des Kriegs-Pressequartiers an. Die Masse des Publikums wird darum alle „Parolen" eher glauben als die Berichte des Herrn Seeckt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231002-15/fragment/page=0007